

Rechter Terror und "Extremismus"

Ausgabe Nr. 15, 06. März 2012



Im Oktober letzten Jahres wurden die Taten des *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU) bekannt. In einem Zeitraum von über zehn Jahren verübte die Gruppe mit Unterstützung eines bisher noch nicht in der Gesamtheit erfassten Helfer_innenkreises zehn Morde, mindestens zwei Sprengstoffanschläge und zahlreiche Banküberfälle. Welche Rolle dabei diverse Geheimdienste und Ermittlungsbehörden gespielt haben, ist immer noch unklar, da die Verantwortlichen durch ihr beharrliches Schweigen eine lückenlose Aufklärung behindern. Sicher ist in diesem Zusammenhang nur, dass die Taten der NSU den Behörden schon längere Zeit bekannt waren und sie keineswegs davon überrascht wurden.

Das große Schweigen bestimmt ebenso die Reaktionen der Öffentlichkeit. An den Gedenkveranstaltungen in Deutschland nahmen jeweils nur einige hundert Menschen teil und auch Bekundungen der Bundesregierung scheinen zu Lippenbekenntnissen zu werden, da bisher nicht erkennbar ist, dass der Worte konkrete Taten folgen. Dass Neonazis prinzipiell zum Töten bereit sind und dies durch ihre Ideologie legitimiert sehen, sollte keine besondere Überraschung darstellen. Nur wenige Monate vor dem Bekanntwerden der Taten des NSU kam es in Norwegen zu einem rechten Anschlag mit 77 Toten.

Der ambivalente Mediendiskurs, der von einem islamistischen Terroranschlag bis zur Annahme eines „geistig verwirrten“ Einzeltäters reicht und sich durch rechte Blogs bis hin zu links-liberalen Tageszeitungen zog, wird im von Jorane Anders rezensierten Band „Das hat doch nichts mit uns zu tun!‘ Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien“ nachgezeichnet. Welche ideologische Verantwortung hingegen die europäische extreme Rechte an solchen Taten hat und wie sich die dadurch in den Fokus gerückten sogenannten Rechtspopulisten verhalten haben, beschreibt Michael Lausberg in der Besprechung des Buchs „Distanzieren Leugnen Drohen. Die europäische extreme Rechte nach Oslo“.

Während im skandinavischen Raum als Reaktion auf die begangenen Morde eine zum Teil kritische Aufarbeitung der politischen und gesellschaftlichen Verantwortung stattfindet, bleibt diese Debatte in Deutschland weitgehend aus. Eine kritische Auseinandersetzung ist von politisch Verantwortlichen, die seit Jahrzehnten eine „extremistische“ Bedrohung an den Rändern der Gesellschaft beschwören, kaum zu erwarten. Dass hingegen viel zu lange die Gefahr „linker Gewalt“ - untermauert durch die „Extremismustheorie“ - in den Mittelpunkt gerückt wurde, verdeutlicht Ulrich Peters in seiner Rezension "Der politische Raum als Hufeisen". Wie sich entgegen aller sachlichen Auseinandersetzungen zwei konservative „Extremistenjäger“ eine „linksextreme“ Gefahr auf 200 Seiten herbei schreiben, zeichnet Martin Brandt anhand des Buchs „Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr? Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat“ nach. Dass staatlich-repressive Maßnahmen kein adäquates Mittel zur Bekämpfung extrem rechter Positionen sein können, dürfte zwischenzeitlich jeder_m deutlich geworden sein. Vielmehr bedarf es unabhängiger Strukturen, die frei von staatstragender Einflussnahme eine linke Gegenkultur etablieren. Wo diese stark ausgeprägt ist, haben es Neonazis und andere Rechte äußerst schwer sich zu etablieren. Orientierung für linke Gegenkultur bietet der von Tompa Láska besprochene Band „Antifa. Geschichte und Organisation“.

In den weiteren aktuellen Rezensionen geht zunächst Patrick Schreiner in "Bildung als Reservekasse" den Konsequenzen der Kürzungen im Bildungsbereich nach, die aus der „Schuldenbremse“ der öffentlichen Haushalte resultieren. Sebastian Friedrich widmet sich dem Buch „Sex und Subversion“, welches emanzipatorische Potentiale von alternativen

Pornofilmen aufzuspüren versucht. Enttäuscht zeigt sich Philippe Kellermann von Michael Fisks [Versuch einer Biographie Michel Foucaults](#). Eine Brücke zu unserem Schwerpunkt schlägt peps perdu, die sich der Frage von Geschlechterverteilung und Geschlechterbildern in der extrem Rechten anhand des Buches [„Rechtsextremismus und Gender“](#) widmet. Wer sich für linke Geschichte und Politik in Südtirol interessiert, dem empfiehlt Gabriel Kuhn das ausführliche und umfassende Buch [„rote milben im gefieder“](#).

Wer immer rechtzeitig über unsere neuen Ausgaben informiert werden möchte, kann sich in der rechten Spalte mit E-Mailadresse für unseren Newsletter eintragen.

Und nun viel Spaß beim kritisch(en) Lesen!

Gegen Entpolitisierung und Extremismustheorie



Regina Wamper / Ekaterina Jadschenko /
Marc Jacobsen

„Das hat doch nichts mit uns zu tun!“
Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen
Medien

In seiner Dringlichkeit kaum zu überbieten: Der Band liefert ein weites Spektrum politischer Analysen der oftmals ambivalenten Mediendiskurse rund um die Anschläge von Oslo und Utøya.

Rezensiert von [Jorane Anders](#)

Kaum einmal ein halbes Jahr ist vergangen, seit im Anschluss an eine Bombenexplosion in Oslo und einen „Amoklauf“ auf der Insel Utøya die Welt der diskursiven Selbstverständlichkeiten über das Thema Terrorismus und Co ein kleines bisschen zu wanken begann, nur um sich fast im gleichen Augenblick neu zu erfinden. Der Band „»Das hat doch nichts mit uns zu tun!« Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien“ liefert in beeindruckender Aktualität politische Analysen und Kontextualisierungen der Diskurse rund um die Anschläge vom 22. Juli 2011. Die Beiträge durchzieht eine Offenlegung der spezifischen Sagbarkeitsräume, die die Verschiebung von einer Interpretation der Ereignisse als „Machwerk des internationalen islamistischen Terrorismus“ hin zur entpolitisierten Tat des extrem rechten und/oder geistig verwirrten Einzeltäters Anders Behring Breivik bedingen.

Ebenen des antimuslimischen Rassismus

Als ein Schlüsselbegriff der Analysen zeigt sich der auf fast allen Ebenen anzutreffende antimuslimische Rassismus. Dieser wird zunächst in Bernhard

Schmids Beitrag zur Struktur des von Breivik konzeptuell zu den Anschlägen veröffentlichten Manifests in seiner offensichtlichen Form dargestellt. Die größtenteils aus Versatzstücken der rechtspopulistischen und „islamkritischen“ Blogosphäre zusammenkopierte „compilation“ argumentiert dabei nach gängigem Muster eines unlösbaren und naturalisierten „clash of civilisations“, der sich um eine „islamische Invasion“ Europas und einen damit bevorstehenden „Bürgerkrieg“ sorgt. Eine solche offen antimuslimisch-rassistische Argumentation findet – verknüpft mit unterschiedlichen Feindbildern, Strategien und verschwörungstheoretischen Konzepten – weite Verbreitung auf Plattformen wie den von Martin Dietzsch analysierten Hassblogs *Politically Incorrect* (PI) und *Altermedia*, in den Spektren der von Marc Jacobsen untersuchten extrem rechten Printmedien (*Deutsche Stimme*, *National-Zeitung*, *Der Schlesier* etc.), in Helmut Kellershohns Betrachtung der *Jungen Freiheit*, der *Edition Antaios* und der Veröffentlichungen des *Instituts für Staatspolitik* sowie im rechtspopulistischen Parteienspektrum, dessen Entwicklung in ganz Europa Sebastian Reinfeldt nachzeichnet.

Antimuslimischer Rassismus beginnt jedoch nicht erst mit Invasions- und Bürgerkriegsphantasien, sondern kann gerade im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Anschläge von Oslo und Utøya bereits in hegemonialen Printmedien beobachtet werden. Davon zeugt der in den Beiträgen von Margarete Jäger und Ekaterina Jadschenko sowie von Regina Wamper analysierte spontane Reflex, nach der Bombenexplosion in Oslo unmittelbar und alternativlos auf einen islamistischen Terroranschlag zu schließen. Doch nicht nur diese Zuschreibung als potentielle Terrorist_innen an (vermeintliche und tatsächliche) Muslima und Muslime selbst, sondern vor allem ihre damit einhergehende Verortung in einem „Außen“ des Systems erweisen sich als problematisch – ganz so, als gäbe es nicht Millionen von Muslim_innen, von denen ohne Zweifel gesagt werden müsste, dass sie ein Teil der europäischen Gesellschaft sind. Antimuslimischer Rassismus zeigt sich also in der Religionsfixierung des Blicks auf Migrant_innen ebenso wie darin, dass auf Grundlage einer Argumentation von „Parallelgesellschaften“ und „islamistischem Terror“ Migrant_innen per se eine Mitschuld beziehungsweise politische Verantwortung für die Taten Breiviks zugeschrieben wird. Auch die Kontextualisierung zur Sarrazindebatte offenbart die Beteiligung hegemonialer Medien an der Produktion von Ideen, die diese nach

Bekanntwerden der politischen Hintergründe Breiviks mit leichter Hand als extrem rechts oder pathologisch ins Abseits stellen.

Extremismus- und Verschwörungstheorie

Ein zweiter Kulminationspunkt der Berichterstattung in den unterschiedlichen Spektren ist der Versuch einer (un-)politischen Einordnung der Taten Breiviks und die daraus gezogenen Schlüsse. Auf diesem Gebiet treten vielfältige Strategien zu Tage. Regina Wamper zeigt, wie die hegemonialen Medien eine Reihe von Vergleichen zu anderen Anschlägen aufstellen, die etwa in der *Süddeutschen Zeitung* bis zurück ins 18. Jahrhundert reicht und dementsprechend wenig relevante Ergebnisse zu liefern verspricht. Deutlich wird, dass die Reihe von Vergleichen zu Amokläufen, der RAF und islamistischem Terror nicht nur oftmals fehlgeht, sondern in diesem Zuge auch viel näherliegende Vergleiche zu Anschlägen mit rechtem ideologischen Hintergrund, etwa die Pogrome gegen Asylbewerber_innen Anfang der 90er Jahre in vielen deutschen Städten, auf der Strecke bleiben. Lediglich der *taz* gelang es, diese Taten in den aktuellen Kontext zu setzen, während sich der Rest der Medienlandschaft lieber an der extremismustheoretischen Gleichsetzung linker, rechter und islamistischer Motivationen versuchte. Vor allem anhand der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zeigt Wamper zudem die Absurdität, in der Breivik einerseits als Einzeltäter stilisiert und pathologisiert wird, während andererseits sehr wohl auf seine Einbindung in rechtspopulistische Internetforen eingegangen wird – jedoch nur, um in der Konsequenz die unverhohlene Forderung nach einer stärkeren (und in keiner Weise konkretisierten) Überwachung des Internets zu stellen.

Die politische Einordnung der Anschläge in dem Milieu, dem Breivik die Texte seines Manifests entlehnt hat, zeigt sich bemüht, an unterschiedlichen Stellen Differenzen zu setzen. Marc Jacobsen führt aus, wie sich extrem rechte Printmedien dabei überwiegend der Verschwörungstheorie und Pathologisierung bedienen. Über die von jeder Ursachenforschung Abstand nehmende Frage „Wem nützt es?“ stilisieren sie sich selbst als Opfer Breiviks. Betont wird, dass große Teile des Inhalts des Manifests zwar eine richtige Analyse der gesellschaftlichen Situation vorlegen würden, die individuellen Konsequenzen, die Breivik daraus gezogen hat, werden jedoch von den Analysen losgelöst und als pathologisches Fehlverhalten ausgemacht. In den

Hassblogs findet für Martin Dietzsch hingegen eine Verschiebung Breiviks ins jeweils andere Lager der extremen Rechten statt: „Für *Altermedia*-Fans ist er Israel-Freund, Freimaurer und Anti-Nazi, für PI-Fans ist er Rechtsextremist und Nazi.“ (S. 171) Mit Erschrecken wurde in den Kommentaren der beiden Blogs schließlich eine Tendenz zur Sympathie mit Breivik beobachtet, die keinerlei Distanzierung mehr für notwendig hält und in harschen Tönen in dessen Bürgerkriegsgesang einsteigt – ob nun als stumpfe Schreibtischtäter oder als reale Gefahr, diese Frage eröffnet vielleicht nur eine unnötige und unbestimmbare Differenz.

Auslassungen und Leerstellen

Mit der Analyse des Sagbarkeitsfeldes im hegemonialen Diskurs geht auch eine Benennung dessen einher, was in diesem Diskurs gerade nicht sagbar ist oder zumindest nicht gesagt wurde. Regina Wamper legt ihren Finger in die Wunde dieser Leerstellen und bringt insbesondere die Dethematisierung von Breiviks Antimarxismus und Antifeminismus zur Sprache. Währenddessen spricht insbesondere die Tötung von 69 Teilnehmer_innen des Jugendcamps der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf Utøya eine ganz andere Sprache: Als Hauptfeind diagnostizierte Breivik die (gesamte) Linke, und genau aus diesem Spektrum stammte auch der überwiegende Teil seiner Opfer. Im deutschen Kontext muss indessen hinzugefügt werden, dass bestimmte Teile der von Breivik verachteten Positionen, etwa der Rechte von Frauen und Homosexuellen, zurecht und nach oft langen und anstrengenden Kämpfen Eingang in die vorherrschende Politik der Mitte gefunden haben. Dass es sich dabei jedoch um ein Verdienst handelt, dass sich einzig und allein „die“ Linke auf die Fahnen schreiben darf, wird in Deutschland allzu gern vergessen, ebenso wie der Umstand, dass mit Gender-Mainstreaming und eingetragenen Lebenspartnerschaften noch lange nicht das Ende der Fahnenstange erreicht ist.

Resumé

Der Band zeigt wichtige Fragen einer höchst aktuellen Debatte auf. Als einziges Manko, um überhaupt eines zu haben, sei an dieser Stelle das wohl der schnellen Intervention geschuldete stellenweise etwas schludrige Lektorat

erwähnt. Die Debatte jedoch, die unter anderem mit der Diskussion um das in Revision befindliche psychiatrische Gutachten, das Breiviks Schuldunfähigkeit diagnostizierte, noch lange nicht ihr Ende gefunden hat, wird sich fortsetzen. Wichtig ist der Band nicht nur für eine Analyse und Kritik des Einzelfalles eines rechtsmotivierten dutzendenfachen Mordes, sondern vor allem auch für die Frage, aus welchen Quellen sich dessen Motivlage speiste und wie daran anknüpfend für die hegemonialen Medien eine Neubewertung der in der Vergangenheit oftmals hofierten „islamkritischen“ Formierungen sowie eine Reflexion und Revision der selbst gepflegten antimuslimischen Ressentiments vorzunehmen sein könnte.

Regina Wamper / Ekaterina Jadschenko / Marc Jacobsen 2011:
„Das hat doch nichts mit uns zu tun!“. Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien.
Unrast Verlag, Münster.
ISBN: 978-3-89771-759-6.
184 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Jorane Anders: Gegen Entpolitisierung und Extremismustheorie. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/5W4vg>.

Reaktionen der extremen Rechten nach den Anschlägen in Norwegen



Bernhard Schmid

Distanzieren Leugnen Drohen

Die europäische extreme Rechte nach Oslo

Die Attentate in Norwegen waren die schlimmste Gewalttat in Europa nach den von extremen Rechten begangenen Anschlägen von Bologna im Jahre 1980. Bernhard Schmid arbeitet die ideologische Verantwortung von Parteien und Theorieorganen der extremen Rechten heraus und fragt nach deren Reaktionen auf die Morde von Oslo und Utöya.

Rezensiert von [Michael Lausberg](#)

Bei einem Bombenattentat im Regierungsviertel von Oslo und einem Massaker in einem Ferienlager der sozialdemokratischen Regierungspartei auf der in der Nähe der Hauptstadt gelegenen Insel Utöya wurden insgesamt 93 Menschen getötet. Gegen 15.20h Ortszeit erschütterte eine gewaltige Explosion das Regierungsviertel. Eine Autobombe tötete sieben Menschen, mehr als 20 wurden zum Teil schwer verletzt. Mehr als drei Stunden später tötete der Täter Anders Behring Breivik in einem Ferienlager 85 TeilnehmerInnen. Er konnte nach dem Eintreffen von Sicherheitsorganen auf Utöya festgenommen werden. Vor der Tat hatte Breivik eine ca. 1500 Seiten starke „Manifest“ mit dem Titel „A European Declaration of Independence – 2083“ ins Internet gestellt. In dieser Schrift hetzte Breivik gegen den „Multikulturalismus“ sowie den allgemein um sich greifenden „kulturellen Marxismus“ und bezeichnete „den Islam“ als eine „Genozid-Ideologie“. Durch „Masseneinwanderung“ und „Islamisierung“ habe die regierende norwegische Sozialdemokratie bewusst auf einen „Bevölkerungsaustausch“ hingearbeitet. Der norwegische

Regierungschef Jens Stoltenberg sprach nach den Anschlägen von der „schlimmsten Katastrophe nach dem 2. Weltkrieg“ für das nordeuropäische Land.

Der Autor Bernhard Schmid will mit diesem Buch einerseits „geistige Spuren“ freilegen, die die Taten des Anders Behring Breivik erklären (S. 5f).

Andererseits geht es um die Beantwortung der Frage, wie die europäische extreme Rechte auf das Massaker reagierte.

Schmid weist darauf hin, dass es sich bei Breivik nicht um einen Neonationalsozialisten handelt, der sich positiv auf Adolf Hitler bezieht. Für ihn zählt Breivik

„zu dem Teil des rechten Spektrums, das besonders gegen ‚den‘ Islam hetzt, vordergründig oder auch inbrünstig den Staat Israel ‚als Frontstaat gegen die Araber‘ unterstützt und sich auf ‚westliche Werte‘ beruft.“ (S. 9).

Die vor allem in rechten Medien verbreitete Version, dass Breivik ein „verwirrter Einzeltäter“ war, wird von Schmid zurückgewiesen.

Schmid arbeitet vier unterschiedliche Reaktionsmuster bei den extremen Rechten in Europa auf die Anschläge in Norwegen heraus: Distanzierung, die Vertuschung bzw. Schuldzuweisung an die aus ihrer Sicht hegemonialen (linken) Eliten, die für Einwanderung und die multikulturelle Gesellschaft verantwortlich sind, Drohungen an die Adresse der Kritiker und (antisemitische) Verschwörungstheorien. (S. 20) In Österreich bemühte sich die FPÖ, jegliche ideologische Mitverantwortung abzulehnen und sich von den Taten Breiviks zu distanzieren. Die FPÖ schloss Werner Königshofer, einen Abgeordneten im österreichischen Nationalrat, aus, der die Anschläge in Oslo bagatellierte, indem er auf die „Opfer der Abtreibungsgewalt“ und auf die „tausend mal mehr islamistischen Gewalttaten“ hinwies. (S. 21) Der französische FN nahm ebenfalls Abstand von den Taten Breiviks. Als ihr Funktionär Laurent Ozon erklärte, die Anschläge wären eine Folge der „explosionsartigen Zunahme der Einwanderung“ in Norwegen, die nun zwangsläufig zu gesellschaftlichen Konflikten führe, musste er auf Druck seiner Parteiführung am 14.8.2011 von allen Ämtern zurücktreten. Dies geschah aus Angst vor einem Reputationsverlust, war also als taktisches Manöver zu werten. Auf der rechten Webseite „La valise ou le cercueil“ waren

verschiedene Artikel des Betreibers Jacques Coutela erschienen, in denen Breivik positiv dargestellt wurde. Breivik sei ein „neuer Karl Martell“ und der „erste Verteidiger des Abendlandes“. (S. 23) Innerhalb der französischen extremen Rechten war auch die Verschwörungsthese, dass Breivik Freimaurer gewesen sei, sehr beliebt.

Breivik bezeichnete in seinem „Manifest“ den Briten Paul Ray, der im Frühjahr 2009 eine zentrale Rolle bei der Gründung der islamfeindlichen *English Defence League* (EDL) spielte, als „Mentor“. Ray trat bald schon aus der EDL aus und gründete eine eigene Bewegung der „Tempelritter“ (Knights Templar). Breivik nahm am 5.3.2010 an einer Demonstration der EDL teil. (S. 64)

Der Parteivorsitzende der *Schweizerischen Volkspartei* (SVP), Toni Brunner, bekundete sein Entsetzen über die Attentate in Norwegen. Die Tatsache, dass sich Breivik in seinem Manifest lobend über die SVP äußerte, zog keine Selbstkritik der SVP nach sich.

Nach den Anschlägen geriet auch das deutsche islamfeindliche Internetportal *Politically Incorrect* (PI) vorübergehend in den Blickpunkt der Aufmerksamkeit bürgerlicher Medien in der Bundesrepublik. PI distanzierte sich zunächst halbherzig von Breiviks Taten und betrieb danach eine verklärende, an Diffamierung grenzende Berichterstattung. Im Kapitel 2.65 seines „Manifestes“ äußerte sich Breivik folgendermaßen über den von der rechten Pro-Bewegung veranstalteten „Antiislamisierungskongress“ am 20.9.2008 in Köln: „In Köln, Deutschland, wurde eine geplante Anti-Islamisierungsdemonstration durch eine unheilige Allianz eurabischer multikultureller Eliten und linksextremen ‚Antifaschisten‘ behindert.“ (S. 119) Mit dieser Tatsache konfrontiert, tat die Pro-Bewegung alles, um sich von der Ideologie und der Taten Breiviks zu distanzieren. Schmid beschreibt überzeugend das geistige Milieu der extremen Rechten in Europa, das als ideologische Instanz wenigstens moralisch für die Attentate in Oslo verantwortlich war. Vor allem die Reaktionen der „Stichwortgeber der Tat“ (S. 6) in Frankreich werden gut herausgearbeitet.

Die Schwäche des Buches liegt darin, dass es nur sehr wenige Informationen über die extreme Rechte in Norwegen selbst liefert. Die kurze Charakterisierung, die Schmid auf den Seiten 15 bis 19 vornimmt, reicht bei weitem nicht aus, um ein umfassendes Verständnis über Organisation, Programmatik, Strategie und die Frage der Militanz der extremen Rechten in

dem nordeuropäischen Land zu bekommen. Folgende Fragen stellen sich: Ist die politische Kultur in Norwegen nach den konstant hohen Wahlerfolgen der rassistischen Fortschrittspartei nach rechts abgedriftet? Wenn ja, wie äußert sich das? Gibt es gesicherte Erkenntnisse über Einstellungspotentiale des antimuslimischen Rassismus oder zu Fragen der Migration allgemein? Existiert neben der Fortschrittspartei eine (neonazistische) Szene (Publikationsorgane, Verlage, andere rechte Parteien oder Organisationen), die eine Gefahr für die Demokratie und das Leben von MigrantInnen und Linken darstellt?

Ein Fazit, das die wesentlichen Thesen des Buches zusammenfasst und diskutiert, fehlt leider auch.

Bernhard Schmid 2011:

Distanzieren Leugnen Drohen. Die europäische extreme Rechte nach Oslo.

Edition Assemblage, Münster.

ISBN: 978-3-942885-09-6.

128 Seiten. 12,80 Euro.

Zitathinweis: Michael Lausberg: Reaktionen der extremen Rechten nach den Anschlägen in Norwegen. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/LqU75>.

Der politische Raum als Hufeisen



**Forum für kritische
Rechtsextremismusforschung (Hg.)**
Ordnung Macht Extremismus
Effekte und Alternativen des Extremismusmodells

*Der Sammelband „Ordnung. Macht. Extremismus“
problematisiert die normative als auch deskriptive
Dimension des „Extremismusbegriffs“.*

Rezensiert von [Ulrich Peters](#)

Soviel vorneweg, den 21 Autor_innen und Herausgeber_innen gelingt, wovon das im Fokus ihrer Kritik stehende Konstrukt des „Extremismuskonzeptes“ weit entfernt scheint: Eine wissenschaftlich fundierte und theoretisch vielschichtige Auseinandersetzung um gesellschaftspolitische Fragen.

Nicht erst seit den verstärkten Bemühungen der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) im Kampf gegen einen vermeintlichen „Linksextremismus“, steht die durch Eckhard Jesse und Uwe Backes erarbeitete „Extremismustheorie“ auf dem Prüfstand. Die Kritik wird dabei nicht nur in einem wissenschaftlichen Rahmen formuliert, sondern hält ebenso Einzug in eine außerparlamentarische Debatte. Dennoch entfaltet diese „Theorie“ eine politische Wirkmacht, die all jene zu spüren bekommen, die innerhalb dieser Logik als „extremistisch“ identifiziert und eingruppiert werden. Durch scheinbar klar abgrenzbare linke und rechte „extremistische“ Ränder wird eine demokratische „Mitte“ suggeriert, die frei ist von autoritären, neonazistischen, rassistischen sowie antisemitischen Einstellungen und eben daher vor außenstehenden „Extremisten“ verteidigt werden muss. Eine inhaltliche Auseinandersetzung über das Vorhandensein solcher Einstellungen in breiten Teilen der Bevölkerung wird dadurch behindert, um

im Gegenzug durch sicherheitspolitische Maßnahmen die wehrhafte Demokratie in Stellung gegen das abzugrenzende Äußere zu bringen. Das Forum für kritische Rechtsextremismusforschung, als Herausgeberin dieses Bandes, unternimmt den Versuch „Kritiken am Extremismus-Modell mit Analysen zu den Effekten in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Diskursen und Praktiken“ (S. 19) zu verknüpfen. Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt in der Dekonstruktion eines vermeintlichen „Extremismus“ und gleichzeitiger Stärkung sozialwissenschaftlicher Debatten, die andere Perspektiven und Analysen zur Phänomenbeschreibung einer Ideologie der Ungleichwertigkeit verfolgen. Dass die Autor_innen des Bandes dementsprechend selbst allesamt in einem universitär-wissenschaftlichen Kontext zu verorten sind und sich dies auch in den nicht immer leicht verständlichen Texten widerspiegelt, mag daher nahe liegen, muss dem Wunsch „die Kritik am Extremismus-Modell in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen“ (S. 22), aber nicht zwingend zuträglich sein.

Der Band selbst strukturiert sich in drei Teile. Der erste formuliert eine grundsätzliche Kritik am „Extremismuskonzept“, während im nachfolgenden Teil unter der Überschrift „Praktiken“ die Auswirkungen auf staatliches, zivilgesellschaftliches, mediales sowie wissenschaftliches Handeln beleuchtet werden. Zum dritten werden Überlegungen präsentiert, die Alternativen zur Problematisierung und Analysen einer verbreiteten Ideologie der Ungleichwertigkeit darstellen können, ohne in die „Extremismusfalle“ zu tappen.

Die Mitte stabilisierend

„Diesseits der Grenze stand demnach das Strukturierte, Geordnete, Definierte, die Zivilisation oder gar der Bereich des Heiligen, während jenseits der Grenze das Undefinierte und damit das Chaos und die Barbarei, wenn nicht gleich das Reich des Bösen herrschte.“ (S.65)

Eine positive Bezugnahme auf die (demokratische) Mitte dient seit ihrer Entstehung als politischer Kampfbegriff. Die der Mitte immanente Ausgrenzung alles „Außenstehenden“, lässt eine politische Gegnerschaft bestimmen und findet heute im „Extremismuskonzept“ ihre staatliche Ausprägung. In diesem Sinne wird einleitend die Funktionalisierung einer „Mitte“, die politische

„Normalität“ erzeugen soll, beschrieben, da über das Maß hinausgehende Konflikte und Einstellungen an den Rand gedrängt werden können. Diese Sichtweise prägt bis heute sprachliche Regelungen und institutionelles Handeln und ist von den Anfängen der Entwicklung des „Extremismuskonzeptes“ in den frühen 1970er Jahren, bis zu ihrer aktuellen Festigung in politischen und wissenschaftlichen Diskursen, nicht zu trennen. Indem jedoch die (demokratische) Mitte in Abgrenzung zu „extremistischen Rändern“ überbetont wird, werden vorhandene Entstehungsbedingungen von zum Beispiel Rassismus aus eben jener Mitte entfernt und von dieser isoliert betrachtet. Die hiermit nicht auszuschließende Relativierung extrem rechter Positionen findet sich daher ebenso auf der inhaltlichen Ebene des „Extremismuskonzeptes“ wieder, wenn zum Beispiel die Kategorie „'Ausländerextremismus' durch Benennung aufgrund von (angenommener) Herkunft jene essentialistischen Momente, die konstitutiv für rassistische Strukturen und Praktiken sind“ (S. 93) reproduziert. Wie desweiteren über die Zuschreibung „kultureller Fremdheit“ ein islambezogener „Extremismus“ bestimmt wird und darüber Integrationsdebatten initiiert werden, arbeiten Mathias Rodatz und Jana Scheuring in ihrem Beitrag „Integration als Extremismusprävention“ pointiert heraus.

Matthias Falter beschreibt in seinem Beitrag das „Extremismuskonzept“ im Sinne eines „entleerte[n] bzw. institutionenzentrierte[n] Begriff[s] von Demokratie und 'demokratischem Verfassungsstaat'“. (S. 91) Die Reflexion bestehender Herrschaftsmomente und eine kritisch-politische Teilhabe am gesellschaftspolitischen Geschehen kann demnach nicht Teil dieses Konzeptes sein. Diese Annahme vertiefend analysiert Robert Feustel unter Bezugnahme auf die Soziokybernetik, in seinem Beitrag „Entropie des Politischen“ mit der Frage, was Demokratie in dieser Konstellation bedeutet. Kybernetik versteht Gesellschaften als Regelkreisläufe, auf die über soziales Feedback kontrollierend und stabilisierend Einfluss genommen werden kann. Demnach ist die Demokratie in ihrer politischen Form ein unhinterfragtes Ideal beziehungsweise der Regelkreislauf, dessen Stabilisierung Aufgabe der Politik ist und deren Bewahrung das wichtigste Moment darstellt. So ist es möglich einen Ordnungsdiskurs anzuschieben, in dem allein die Störung zählt und der dementsprechend ausschließen muss, um zu stabilisieren. Das in der Demokratie aber eigentlich eben jene Momente der Veränderung und Neubestimmung gegeben sind, stellt Feustel als Paradox heraus und hält

treffend fest, dass „[d]er aktuell zirkulierende Name Demokratie eher dazu [dient], demokratisches Handeln im weiten Sinne zu delegitimieren und jede Praxisform an ein bürokratisch streng reglementiertes Repräsentationsspiel zu binden.“ (S. 135)

Wie sehr dieser ordnungspolitische Diskurs wirkmächtige Methode des Regierens sein kann, wird im zweiten Teil des Buches unter anderem anhand der Erhebung politisch motivierter Kriminalität in der BRD und den Konsequenzen für so identifizierte politische Aktive beschrieben. Die Skandalisierung von linken Gewalttaten mit fragwürdigen Erhebungsmethoden und entsprechender medialer Aufarbeitung, wie zum Beispiel in Folge vermehrter Inbrandsetzung von PKWs in Berlin, macht deutlich, wie Sicherheitsdebatten vielfältige politische Interessen überlagern können.

Dass nicht nur äußere Einflussnahme das „Extremismuskonzept“ beständig reproduzieren kann, sondern auch praktische Ansätze nicht frei davon sind in diese Falle zu treten, zeigt Rebecca Pates eindrucksvoll anhand einer Untersuchung über Schulungen „gegen Rechtsextremismus“ in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Sachsen. Dass damit häufiger an eine bestimmte moralische Ordnung appelliert wird, die bei den Beteiligten wiederum zu Konflikten in der eigenen gesellschaftlichen Struktur führen kann und „Demokratietrainings“ eher Widerstand als Teilnahme hervorrufen, verdient Pates zufolge mehr Berücksichtigung in der praktischen Arbeit. Hier sind nur einige Beispiele genannt, denn insgesamt lässt sich für diesen, wie auch dem abschließenden Teil des Buches festhalten, dass eine Problematisierung außerhalb des „Extremismuskonzeptes“ immer im jeweiligen Kontext und dem zum Teil sehr unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten stattfinden muss. So ist es auch den Alternativen zum „Extremismuskonzept“ nicht daran gelegen einfach einen neuen Begriff in die Debatte einzuführen, sondern auf Grundlage einer kritischen Analyse bestimmte Phänomene zu beschreiben. Ob sich diese im Neonazismus, einer Ideologie der Ungleichwertigkeit, einem völkischen Nationalismus oder eben der extremen Rechten wiederfinden, bedarf vielfältiger Instrumente der Analyse. Diese hervorgehoben zu haben, macht „Ordnung. Macht. Extremismus“ zu einem der wichtigsten Beiträge in der Auseinandersetzung mit Ungleichwertigkeitsideologien – fernab des E-Konzeptes.

Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.) 2011:
Ordnung Macht Extremismus. Effekte und Alternativen des
Extremismusmodells.

Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

ISBN: 978-3-531-17998-8.

380 Seiten. 29,95 Euro.

Zitathinweis: Ulrich Peters: Der politische Raum als Hufeisen. Erschienen in: .

URL: <https://kritisch-lesen.de/s/fGJiC>.

Der Deutschen neues Sorgenkind



Harald Bergsdorf / Rudolf van Hüllen Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?

Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat

Was den Anspruch einer „demokratiefördernden“ Aufklärungsschrift für junge Menschen, Eltern, Pädagog_innen und Multiplikator_innen erhebt, ist ein neokonservatives Pamphlet zur Verunglimpfung politisch unliebsamer Gesellschaftskritik, antifaschistischen Engagements und der Partei DIE LINKE.

Rezensiert von [Martin Brandt](#)

Der gemeine autonome „Linksextremist“ zeigt eine Vorliebe für schwarze Kapuzenpullis, Sonnenbrillen und „Hassmasken“. Er informiert sich in vom Verfassungsschutz indizierten „Szeneblättern“ über den Bau von Sprengsätzen und ist in klandestinen Zellen organisiert, von denen meist nachts durchgeführte Sachbeschädigungen ausgehen. Dem „Schweinesystem“ entzieht er sich beständig. Er ist drogenabhängig, lebt lediglich von Kleinkriminalität und versucht den „öffentlichen Raum durch Vandalismus, Graffiti-Schmierereien und Scratching für *Normalos* so unerträglich wie nur möglich zu machen“ (S. 47). Der autonome „Linksextremist“ findet parlamentarische Unterstützer_innen in Form von „linksextremistischen“ Parteifunktionär_innen, die als „gute Nachbarn, sozial engagierte Pädagogen, besorgte Bürger und umtriebige Mitglieder in Mieter-, Umwelt- oder sonstigen altruistischen Initiativen“ (S. 44) ihr Unwesen treiben und aufrechte Demokrat_innen hinterrücks für ihre revolutionären Zwecke instrumentalisieren wollen. Unter keinen Umständen würden beide – unbelehrbar, wie sie sind – ihren Glauben an den an sich guten Menschen und

an eine von diesem vernünftig eingerichtete herrschaftsfreiere Gesellschaft aufgeben!

Diese beiden Figuren sind übertrieben gezeichnete Abziehbilder von etwas, das die Autoren des Buchs „Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr? Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat“ unter „Linksextremismus“ kolportieren. Mit diesem Begriff sollen seit dem schwarz-gelben Regierungsantritt in verstärktem Maße auf Regierungs- („Linksextremismusprävention“, Demokratieerklärung), behördlicher (Verfassungsschutz), wissenschaftlicher (Extremismusforschung) und schließlich auch alltäglicher Ebene (Medienberichterstattung) all jene kriminalisiert werden, die Lehren aus dem historischen Faschismus ziehen möchten und sich gegen die Ausbreitung menschenverachtender Ideologien engagieren.

Das Extremismus-Konstrukt

Mitnichten haben die beiden Extremismusforscher Dr. Harald Bergsdorf und Dr. Rudolf van Hüllen in ihrem Sachbuch ein intellektuelles Feuerwerk gezündet. Der eine CDU-Mitglied, der andere ehemaliger Referatsleiter beim Verfassungsschutz, stützen sie sich auf den Extremismusansatz. Dieser imaginiert eine von „Linksextremisten“ und „Rechtsextremisten“ bedrohte demokratische Mitte – die sogenannte Zivilgesellschaft –, in der es trotz anderslautender empirischer Untersuchungen keine rassistischen, antisemitischen, antiziganistischen oder nationalistischen Tendenzen gebe. Dem Extremismusbegriff liegt keine wissenschaftlich-historische Analyse zugrunde. Er ist ein juristisch unbestimmtes und politisch motiviertes Konstrukt. Durch sein selektives, auf den Status quo ausgerichtetes Demokratieverständnis erteilt er radikaleren Demokratieentwürfen eine grundsätzliche Absage, kann historische Phänomene wie den Nationalsozialismus nicht erklären und „läuft so im Kern auf nichts anderes hinaus als auf die Rehabilitation eines undemokratisch verselbständigten Staates, dem praktisch jedes Mittel recht ist und der jenseits der selbst definierten ‚politischen Mitte‘ niemanden duldet“, wie bereits vor einem Jahrzehnt Christoph Kopke und Lars Rensmann darlegen (Kopke/Rensmann 2000, S. 1455). Dass die Vertreter dieses Ansatzes, wie zum Beispiel der am Dresdener Hannah Arendt Institut für Totalitarismusforschung angestellte

Eckhard Jesse, selbst Kontakte zur *Neuen Rechten* und bekennenden Nazis pflegen, und dass die Theorie, auf sich selbst angewendet, alle NS-Oppositionellen als Extremisten deklarierte, sollte weniger überraschen denn beunruhigen.

Anti-extremistische Feindbestimmung

Unter „Linksextremismus“ fassen die Autoren neben gewalttätigen auch gewaltlose Formen des Extremismus – eine Art Gedankenextremismus, der sich in der Äußerung antidemokratischer Ziele manifestiert. Demnach kann das Spektrum der betreffenden Personen von Steine werfenden Autonomen über marxistische Theorie lehrende Professor_innen bis hin zu orthodoxen, trotzkistischen und maoistischen Parteienvertreter_innen, traditionsreichen Vereinen wie dem VVN-BdA und der Partei DIE LINKE reichen.

„Linksextremismusprävention“ habe, so die Autoren, schon bei potentiell empfänglichen Jugendgruppen anzusetzen. Die Autoren beanspruchen für sich in das „geschlossene Weltbild“ derer zu treten, die sie links der Sozialdemokratie verorten, um deren antidemokratische Motive bekämpfen und mit „gelassener Entschlossenheit“ Demokratie leben zu können (S. 7). Sie referieren hierfür plumpe Allgemeinplätze, hetzen in Kalter Kriegs-Manier antikommunistisch, kehren historische Fakten um und diffamieren jene populistisch, die deutsche Kriegsbeteiligungen, rassistische Abschiebep Praxis und Asylpolitik und die ungerechte Verteilung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums skandalisieren. Behilflich sind ihnen dabei ein martialischer Buchdeckel und eine emotionalisierte Sprachverwendung, die eine Faktenargumente ersetzende Atmosphäre zu erzeugen vermögen. Auch der suggestiv fragende Buchtitel antizipiert seine Antwort bereits in der Unterzeile: Man soll sie nach der Buchlektüre alle denunzieren wollen – die sozialschmarotzenden Kapuzenpulliträger_innen nicht weniger als die Parteikommunist_innen aller Couleur. An einer sachlichen Darstellung, wie sie sie für sich reklamieren, sind die Herren Extremismusforscher nicht interessiert und können es aufgrund der analytischen Schwäche der Theorie auch gar nicht sein.

Extrem undemokratische Aussagen

Am stärksten geifern Bergsdorf und van Hüllen gegen die These, wonach in kapitalistischen Gesellschaften auf Faschismus als möglichen Katalysator für wirtschaftliche Krisen zurückgegriffen werden kann. Dies würde eine Selbstkritik des Demokratieweltmeisters und eine Anerkennung der These der strukturellen Gewalt bedeuten, die den von Grund auf repressiven Charakter gesellschaftlicher Einrichtungen hervorheben würde: Eine Demokratisierung der bestehenden Institutionen wäre folglich möglich und nötig. Statt Selbstkritik aber Geschichtsfälschung und NS-relativierende Aussagen, wie zum Beispiel, dass zuallererst die KPD in Weimarer Zeit Gewalt gegen NSDAP und demokratische Parteien ausgeführt hätte und Grund für den Nationalsozialismus Bandenkriege von „Linksextremisten“ und „Rechtsextremisten“ gewesen wären. Mithilfe der Diktaturvergleiche werden schließlich in bester totalitarismustheoretischer Manier NS und DDR gegeneinander ausgespielt, der NS relativiert und der Status quo verlängert: So wiegen einerseits 12 Jahre Naziherrschaft in Anbetracht der 40-jährigen SED-Diktatur weniger tragisch und habe Deutschland, nachdem zwei Diktaturen scheinbar „schicksalhaft“ über es hineingebrochen sind, nun die historische Aufgabe dafür zu sorgen, dass dergleichen nicht mehr passiere. So notwendig auch linke emanzipatorische Kritik an den realexistierenden Sozialismen ist, dient die hiesige Kritik lediglich der Diskreditierung des politischen Gegners: Wenn auf die rassistischen Zustände in der DDR fokussiert wird, so nicht, um sich gegen Rassismus auszusprechen, sondern diesen in der BRD zu verschweigen oder zu verharmlosen. Oder wenn ehemalige Nazis in der DDR als viel schlimmer dargestellt werden sollen als in der BRD, da letztere sich als Demokraten – und nicht als „Linksextremisten“ – zu bewähren gehabt hätten: „Tatsächlich versuchten sie in der Regel, sogar 150%-Demokraten zu sein“ (S. 193). Gesonderte Aufmerksamkeit wird in Anbetracht ihrer steigenden Popularität der zwischen „Linksextremismus“ und Demokratie oszillierenden „Neo-SED“ (S. 135), der Partei DIE LINKE, zuteil. Ziel der penetrant-moralischen Parteischelte – denn nicht weniger skandalisierungswürdig wäre eine Analyse des konservativen Parteienflügels zu Verstrickungen ins rechtsradikale Lager – liegt im Nachweis, dass es der Partei nicht um Antifaschismus, Antikriegspolitik und soziale Gerechtigkeit, sondern lediglich um die Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ginge.

Gegen den Extremismus der Mitte

Wie die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ und die Verstrickungen der staatlichen Sicherheitsbehörden darin, allen voran der Ämter für Verfassungsschutz, tragischer- und erschreckenderweise tagesaktuell bestätigen, geht die „unterschätzte Gefahr“ wesentlich von Nazis und der sie deckenden bundesrepublikanischen Normalität aus. Extremismustheorie, Verfassungsschutz, „Linksextremismusprävention“, Demokratieerklärung – sie alle behindern durch einseitige öffentliche Diffamierung engagierte Antifaschist_innen bei dringend notwendiger Antinazipolitik. Wenn daher in schnöder Verfassungsschutzprosa menschenverachtende rechte Gewalt gegen Antifaschist_innen unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit als „Engagement gegen Linksextremisten“ (S. 189) hochgeadelt wird, demonstrieren die Autoren im schlechtesten Sinne, wes Geistes Kind sie sind und welche gefährlichen politischen Auswirkungen die defizitäre Extremismustheorie zu zeitigen im Stande ist.

Zusätzlich verwendete Literatur

Christoph Kopke / Lars Rensmann 2000: Die Extremismusformel. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12.

Harald Bergsdorf / Rudolf van Hüllen 2011:

Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?. Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat.

Schöningh Verlag, Paderborn.

ISBN: 978-3-506-77242-8.

200 Seiten. 24,90 Euro.

Zitathinweis: Martin Brandt: Der Deutschen neues Sorgenkind. Erschienen in:
. URL: <https://kritisch-lesen.de/s/PhDM2>.

Antifa – eine kritische Bestandsaufnahme



Mirja Keller / Lena Kögler / Moritz Krawinkel / Jan Schlemmermeyer

Antifa

Geschichte und Organisation

Die Autor_innen Mirja Keller, Lena Kögler, Moritz Krawinkel und Jan Schlemmermeyer stellen hier eine geraffte Geschichte der antifaschistischen Bewegung zur Verfügung, die vergangene und andauernde Entwicklungen aufzeigt und diese kritisch beleuchtet.

Rezensiert von [Tompa Láska](#)

Der Begriff Antifa ist in vielen Zusammenhängen nicht eindeutig einzugrenzen, sondern wird oft eher als Sammelbegriff verwendet. Ob nun Linke generell, oder „Die Antifa“ im speziellen für etwas verantwortlich gemacht werden soll - der Kampfbegriff wird in der Presse größtenteils im Zusammenhang mit Randalen oder brennenden Autos ins Feld geführt. Diese verzerrte Außenwahrnehmung lässt sich gutmeinend mit fehlendem Verständnis oder wenig Wissen über dieses sehr heterogene Phänomen erklären, oder schlechtmeinend mit repressiven und anti-modernen Reflexen. Schwieriger wird es, kommt man auf die teilweise sehr abenteuerlichen Selbstbeschreibungen von einigen Gruppen zu sprechen. Es kommt dort durchaus vor, dass wichtige Debatten und Auseinandersetzungen der Vergangenheit kaum Beachtung finden oder der historische Bezug sehr dünn ist. Das hat oftmals auch mit der hohen Mitgliederfluktuation innerhalb von Antifagruppen zu tun. Das im letzten Jahr erschienene Buch „Antifa. Geschichte und Organisation“ unternimmt nun den Versuch, einen Einstieg zu geben und historische Debatten, Brüche und Entwicklungen besser

nachvollziehen zu können um vielleicht bereits begangene Fehler umgehen zu können.

Geschichte wird gemacht...

Grob ist das Buch in zwei Teile gegliedert. Der erste befasst sich mit der Geschichte von antifaschistischem Engagement und beleuchtet die theoretischen Aspekte der jeweiligen Perioden. Im zweiten Teil wird versucht die vielfältigen Organisationsformen und -ansätze etwas näher unter die Lupe zu nehmen. Der „historische“ Teil des Buches, der gut die Hälfte der 180 Seiten ausmacht, spannt den Bogen von der fehlgeschlagenen Novemberrevolution über den Kapp-Putsch und die Entstehung des Faschismus bis hin zur Gründung der historischen Antifaschistischen Aktion von 1932. Die Herrschaft des deutschen Faschismus und die Shoah als wichtigste Zäsur in der Entwicklung antifaschistischer Theorie und Praxis erhält folgerichtig ein eigenes Kapitel. Hier sollte sich zeigen, dass manche monokausal ökonomischen Erklärungsmuster nun nicht mehr greifen konnten. Ausführlicher werden dann die Themengebiete KPD-Verbot, Studentenbewegung, Kommunistischer Bund und die Autonomen bis zur Wiedervereinigung als weitere historische Zäsur bearbeitet. Es werden keine wichtigen Diskussionen ausgelassen.

Ein eigener Abschnitt befasst sich mit Antifaschist_innen in der DDR fernab des „Antifaschismus“ als Staatsdoktrin, der oft genug gezeigt hat, dass er für viele ehemalige DDR-Bürger_innen oft nicht viel mehr als ein Lippenbekenntnis darstellt(e).

Organisiert euch!

Die Theorie ist wichtig, aber keine Bewegung ist wohl so stark von der Praxis geprägt, wie die antifaschistische. Deshalb ist der zweite wesentliche Teil des Buchs einer Vorstellung verschiedenster Organisierungs- und Praxisansätze gewidmet. Bereits in dem 1994 erschienenen Buch der „Projektgruppe“: „Antifa. Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis.“ sind einige von diesen Konzepten durch mehr oder weniger ausführliche Interviews beleuchtet worden. Doch unter einem etwas anderen Fokus und der

Entwicklungen seit 1994 bietet der Schmetterling Verlag hier eine gute Ergänzung und Systematisierung an. Von Chiffren wie AA/BO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation) und BAT (Bundesweites Antifa Treffen), oder feministischen Ansätzen wie der Antifa handelt diese Passage. Gerade in den Diskussionen um die AA/BO wird die, auch durch die Autonomen geprägte, Organisationsfeindlichkeit und der partielle Wandel zu überregionalen Konzepten deutlich.

Ein nicht unwesentlicher Bestandteil des Buches widmet sich den Faschismustheorien, die im Hinblick auf die Praxis einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert innehaben, da sie im Einzelnen die zu bearbeitenden Themenbereiche abstecken. Hier wird die inhaltliche Veränderung diverser Vorstellungen vom Faschismus behandelt. Das vereinfachte Theorem des Faschismus als Handlanger des Kapitals und von ihm gesteuert, ließ sich in Anbetracht der zunehmenden gesellschaftlichen Differenzierung nicht länger durchhalten. Zur Erneuerung eines „zeitgemäßen“ Faschismusbegriffes trug maßgeblich die stark von der Kritischen Theorie beeinflusste Studentenbewegung ihren Teil bei. Zu Recht wurde kritisiert, dass ein rein ökonomischer definierter Faschismus nicht den rassistischen und antisemitischen Wahn der Nazis zu fassen vermag und deshalb die Sicht mehr behindert als offenlegt. Diese Erkenntnis hat sich in vielen, aber längst nicht in allen Antifa-Gruppen durchgesetzt und kennzeichnet wiederum einen wesentlichen Unterschied zu den meisten orthodox-marxistischen Organisationen.

Zusammen kämpfen war gestern?!

Das abschließende Kapitel rollt die Debatten ab dem Jahr 2000 auf und erhellt die neueren Konfliktfelder, wie zum Beispiel das zwischen den sogenannten Anti-Deutschen und Anti-Imperialisten. Bei aller Kritik und der Ausdifferenzierung und teilweisen Spaltung quer durch viele Gruppen zu Beginn des neuen Jahrtausends, kann man die inhaltlichen Auseinandersetzungen mit dem linken Status quo und mit scene-internen Mythen wohl nicht zu hoch einschätzen. Die Autor_innen gehen dabei durchweg sehr reflektiert und kritisch vor, was sehr erfrischend und vor allem nötig erscheint.

Dieses Buch nützt viel und könnte ein Anlass sein, interne Debatten anzustoßen, die zu führen bitter nötig erscheinen in Zeiten, in denen von einigen Gruppen positive Bezüge auf autoritäre Konzepte wieder hoffähig gemacht werden und somit die Entwicklungen der letzten 50 Jahre scheinbar ausgeblendet werden. Hier wird ein wichtiger theoretischer Beitrag geleistet, der wirklich nicht zu unterschätzen ist. Denn nur wer ihre_ seine Geschichte kennt, kann Fehler der Vergangenheit erkennen und vermeiden. Und dafür schafft dieses Buch eine Voraussetzung. Die Schwächen zeigen sich an einigen Stellen darin, dass in der Kürze viele Details nicht erschöpfend ausgeführt werden können. Die Absicht ist auch viel mehr einen Überblick zur Verfügung zu stellen, der die weiterführende Auseinandersetzung erst ermöglichen kann. Und das ist auch die eigentliche Leistung der Autor_innen.

Ein Zitat von Bini Adamczak veranschaulicht abschließend die Intention und die Wichtigkeit dieses Vorhabens: „Indem sie ihre Utopie reinhalten wollen von den gewesenen Gemetzeln, von den Waffen der Revolutionäre, die sich gegen die Revolutionäre richteten, halten sie ihren Traum rein von der Geschichte der Macht und den Kämpfen um sie, halten sie die Utopie rein von der Wirklichkeit, zu der sie drängen sollte.“ (S. 155f)

Mirja Keller / Lena Kögler / Moritz Krawinkel / Jan Schlemmermeyer 2011:
Antifa. Geschichte und Organisation.
Schmetterling Verlag, Stuttgart.
ISBN: 3-89657-665-8.
180 Seiten. 10,00 Euro.

Zitathinweis: Tompa Láska: Antifa – eine kritische Bestandsaufnahme.
Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/YHf3E>.

Bildung als Reservekasse



Kai Eicker-Wolf / Ulrich Thöne (Hg.)

**An den Grundpfeilern unserer Zukunft sägen
Bildungsausgaben, Öffentliche Haushalte und
Schuldenbremse**

Ein Sammelband zeigt die Folgen der zurückliegenden Kürzungen von Ausgaben für Bildung auf – eine Entwicklung, die sich künftig europaweit verschärfen dürfte.

Rezensiert von [Patrick Schreiner](#)

Kürzungen der öffentlichen Haushalte – und damit auch Kürzungen im Bildungsbereich – stellen nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa aktuell die wesentlichsten Antworten auf die vermeintliche Staatsschuldenkrise dar. Deutschland hat dazu zunächst eine so genannte "Schuldenbremse" eingeführt – und mittlerweile auch allen anderen Staaten in Europa aufgezwungen. Damit wird für die Staaten Europas ein faktisches Neuverschuldungsverbot verfassungsrechtliche Realität.

Die "Schuldenbremse" wird die schon in den vergangenen Jahrzehnten zu beobachtenden Kürzungsmaßnahmen drastisch verschärfen. Kurzfristig wird diese Austeritätspolitik zu einem Einbruch der Konjunktur und der Steuereinnahmen führen – und damit die Konsolidierungszwänge sogar noch verschärfen. Dies ist seit zwei Jahren geradezu beispielhaft in Griechenland zu beobachten. Mittel- und langfristig wird diese Austeritätspolitik aufgrund unzureichender Investitionen in Infrastruktur und Bildung die wirtschaftliche Basis (mindestens) der Staaten Europas drastisch gefährden.

Davon werden insbesondere jene Staaten betroffen sein, deren wirtschaftliche Basis schon heute erodiert ist. Die immer schlechtere – und vor dem Hintergrund der so genannten „Schuldenbremse“ sich absehbar und

europaweit noch verschlechternde – Finanzausstattung der öffentlichen Haushalte hat unmittelbare Auswirkungen auch auf das Bildungswesen. Der vorliegende Sammelband setzt genau hier an: Er analysiert den Zusammenhang von Bildungsausgaben, Bildungsleistungen und Haushaltspolitik in Deutschland. Eine Betrachtung der Situation auch anderer Staaten wird dabei zumindest in Form einiger Vergleiche vorgenommen. Wünschenswert wäre darüber hinaus allerdings eine systematische Analyse der Folgen europaweiter drastischer Kürzungen im Bildungsbereich, die an die vorliegenden Aufsätze durchaus an vielen Punkten ansetzen könnte. Der Sammelband schlägt einen weiten Bogen. Dem Fazit dieser Buchbesprechung vorgegriffen, sei angemerkt, dass den Autorinnen und Autoren von insgesamt fünf Artikeln damit zweierlei gelingt: Zum einen belegen sie das Ausmaß und die Tiefe der deutschen Bildungsmisere, aber auch der Misere öffentlicher Haushalte, anhand zahlreicher Daten und Fakten. Zum anderen beschreiben sie darüber hinaus die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ideologischen Folgen dieser Politik – was allerdings an der einen oder anderen Stelle durchaus etwas ausführlicher hätte sein dürfen.

Öffentliche Haushalte

Zwei Beiträge widmen sich einleitend der finanziellen Situation öffentlicher Haushalte. Achim Truger analysiert den Zusammenhang von Steuersenkungen, öffentlichen Investitionen, der „Schuldenbremse“ und möglichen Auswirkungen auf die Konjunktur. Er identifiziert eine erhebliche öffentliche Investitionslücke in Deutschland. Diese bestehe schon bei Investitionen „in Beton“, sie umfasse aber auch Investitionen in „Humankapital sowie Forschung und Entwicklung“. Kaum ein OECD-Land investiere, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), so wenig in seine Zukunft wie Deutschland: Gerade einmal 4,0 Prozent des BIP flossen (2009) hierzulande als öffentliche Mittel in Bildung und gerade einmal 1,7 Prozent des BIP (2004) in öffentliche Bruttoanlageinvestitionen. Hier sei in den zurückliegenden Jahrzehnten ein enormer Investitionsstau aufgelaufen – immer mehr Investitionen seien also unterblieben und in die Zukunft verschoben worden. Truger präsentiert verschiedene Schätzungen, um diesen Investitionsstau zu beziffern, und kommt näherungsweise an Werte „von 37 bis 75 Mrd. € pro Jahr und mehr“.

Sowohl Truger als auch Kai Eicker-Wolf zeigen auf, dass es nicht überbordende Ausgaben, sondern vielmehr Einnahmeausfälle in Folge massiver Steuersenkungen waren, die die öffentlichen Haushalte in eine Schieflage gebracht haben. Während Truger dies für Deutschland insgesamt ausführt, widmet sich Eicker-Wolf im zweiten Beitrag des Sammelbandes der spezifischen Situation in Hessen. Bildungspolitik ist in Deutschland in weiten Teilen Kompetenz der Länder. Vor diesem Hintergrund leuchtet es durchaus ein, ein Bundesland – nämlich Hessen – beispielhaft herauszugreifen und hieran die Folgen von Ausgabenkürzungen und Steuersenkungen aufzuzeigen. Eicker-Wolf zeigt, welche massive Streichungen das Land, aber auch die hessischen Kommunen etwa bei Personal, Bildung und Investitionen vorgenommen haben. Er wirft überdies einen Blick auf die zu erwartenden Auswirkungen der „Schuldenbremse“ – und kommt zu dem gut begründeten, pessimistischen Urteil, dass diese die Handlungsfähigkeit des Landes Hessen massiv gefährde.

Bildungsfinanzierung

Roman Jaich widmet sich im dritten Beitrag des Sammelbandes der Frage, welchen Finanzierungsbedarf das deutsche Bildungssystem hat. In seine Berechnungen bezieht er sämtliche Bildungsbereiche ein: frühkindliche Bildung, allgemeinbildende Schulen, berufliche Bildung, Hochschulen und Weiterbildung. Jeden dieser Bereiche analysiert Jaich sehr detailliert und meist unter Rückgriff auf bestehende Studien. Nur in wenigen Fällen greift er auf Schätzungen zurück, die er gut begründet. Man wird den auf diese Weise erhobenen Finanzierungsbedarf zwar nicht als unumstößliches Diktum ansehen können. Hierzu sind die Datenlage zu dünn und bildungspolitische Ziele zu umstritten. Gleichwohl liefert Jaich zumindest einen guten ersten Eindruck vom Ausmaß des Defizits, das sich Deutschland seit Jahren im Bereich der Bildung leisten zu können glaubt. Die letztlich ermittelte Zahl von über 30 Milliarden Euro Mehrausgaben pro Jahr bleibt auch dann imposant, wenn man die eine oder andere bildungspolitische Ziel- oder Aufgabensetzung nicht teilen mag, die in Jaichs Liste aufgeführt ist.

Bildungspolitische Sparkommissarinnen und Sparkommissare aller Couleur lassen bisweilen gerne verlauten, dass gute Bildungspolitik auch mit weniger Geld möglich sei. Qualität des Mitteleinsatzes, nicht dessen Quantität sei

schließlich gefragt. Das von Jaich ermittelte Finanzierungsdefizit könnte aus diesem verharmlosenden Blickwinkel als irrelevant erscheinen. Cornelia Heintze zeigt im vierten Beitrag des Sammelbandes, dass solche Beschwichtigungen keinerlei empirische Grundlage besitzen. Hierzu analysiert sie die Finanzierung und die Leistungen der Bildungssysteme der europäischen OECD-Staaten. Ihr internationaler Vergleich zeigt in insgesamt 19 Korrelationsrechnungen: Zwar gibt es in der Tat einen gewissen Spielraum; man kann jede Geldsumme besser oder schlechter einsetzen. So erreicht etwa Irland gute Leistungen mit unterdurchschnittlichen Bildungsausgaben, Island hingegen mit nur leicht überdurchschnittlichen Bildungsausgaben weit überdurchschnittliche Ergebnisse. Insgesamt aber erweist sich die Höhe der öffentlichen Bildungsausgaben durchaus als der wichtigste Indikator, um die unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten der Bildungssysteme zu erklären. Gerade Deutschland ist mit unterdurchschnittlichen Bildungsausgaben und unterdurchschnittlichen Leistungen des Bildungssystems ein guter Beispielfall hierfür.

Bildungsprivatisierung

Von den vier ersten Beiträgen des Sammelbands unterscheidet sich der fünfte und letzte dadurch, dass er etwas weniger zahlengesättigt ist, sich hierfür aber stärker der ideologischen Seite von Bildung und Bildungsfinanzierung widmet. Seine Autoren Tobias Kaphegyi und Gunter Quaißer gehen der Frage nach, welche Formen die Privatisierung von Bildung in Deutschland annimmt. Sie beschreiben dabei anschaulich und überzeugend, dass „klassische“ Formen der Privatisierung öffentlicher Bildungsaufgaben und –ausgaben in Deutschland zwar zunehmen, insgesamt aber nicht die Bedeutung erreichen, die sie in anderen Staaten haben. In sehr viel größerem Ausmaß hingegen finde Privatisierung im Bildungsbereich auf ideologischer Ebene statt: Neoliberales Denken werde mehr und mehr in schulischen Lehrplänen und akademischen Lehrinhalten verankert.

Die Konzeption des vorliegenden Sammelbands, der mit dem Steuerkonzept der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) schließt, überzeugt durch die enge Verschränkung der Analysen von Haushalts- und von Bildungspolitik. Es gelingt den Autorinnen und Autoren überdies, die entsprechenden Sachverhalte auf das Wesentliche verdichtet und mit

Zahlenmaterial gut unterfüttert darzustellen. Gleichwohl hätte sich der Rezensent an der einen oder anderen Stelle etwas ausführlichere Analysen gewünscht, die sich stärker von der unmittelbaren Präsentation von Zahlen lösen. In Ansätzen sind diese durchaus zu finden, etwa bei Kapheguyi/Quaißer in Form ideologiekritischer Anmerkungen zu Bildungsinhalten oder bei Eicker-Wolf in Form kritischer Überlegungen zur aktuellen hessischen Debatte um die „Schuldenbremse“. Mehr davon hätte dem Sammelband gut getan.

Diese Kritik tut dem insgesamt positiven Eindruck jedoch keinen Abbruch. Den Herausgebern ist es gelungen, einen umfassenden und überzeugenden Sammelband zur Situation und Perspektive der Bildungsfinanzierung in Deutschland zusammenzustellen. Wer beruflich mit Bildungspolitik oder Haushaltspolitik zu tun hat, dem sei er daher nachdrücklich empfohlen.

Kai Eicker-Wolf / Ulrich Thöne (Hg.) 2010:

An den Grundpfeilern unserer Zukunft sägen. Bildungsausgaben, Öffentliche Haushalte und Schuldenbremse.

Metropolis-Verlag, Marburg.

ISBN: 978-3-89518-816-9.

199 Seiten. 22,80 Euro.

Zitathinweis: Patrick Schreiner: Bildung als Reservekasse. Erschienen in: .

URL: <https://kritisch-lesen.de/s/uTEUS>.

Viel Sex, wenig Subversion



Oliver Demny / Martin Riechling (Hg.)

Sex und Subversion

Pornofilme jenseits des Mainstreams

Ein Sammelband sucht nach den emanzipatorischen Potenzialen von Pornofilmen – und findet nicht viel, was nicht nur am Gegenstand, sondern auch an der Form der Suche liegt.

Rezensiert von [Sebastian Friedrich](#)

Bereits 30 Jahre dauert die Auseinandersetzung zwischen sogenannten sex-positiven und antipornographischen Feministinnen an. Die Anzahl der nennenswerten wissenschaftlichen Arbeiten ist allerdings gerade im deutschsprachigen Raum bis heute gering, obwohl spätestens seit dem 2004 von der feministischen Filmwissenschaftlerin Linda Williams herausgegebenen Band „porn studies“ die gleichnamige Disziplin vermehrt als Teil der *cultural studies* wahrgenommen wird. So stellt der Sammelband „Sex und Subversion“ eine Seltenheit dar. Er vereint 14 Texte zu den Anfängen und Meilensteinen des Pornofilms, dem Verhältnis von Pornographie und Gesellschaft sowie der avantgardistischen Pornokunst der Gegenwart.

Die Beiträge des ersten Teils sind weitgehend affirmative Filmbesprechungen und Hommages an Vergangenes. Die Fragen, warum bestimmte Filme zu Meilensteinen wurden und worin sie sich von anderen abgesetzt haben, werden dabei ausgespart. Ebenso fehlt eine Auseinandersetzung mit den Widersprüchen und (emanzipatorischen) Potenzialen von Porno. Idealisierung charakterisiert die Beiträge, die sich mit den Filmen der 1970er und 80er Jahre befassen. Matthias Steinles Aufsatz über die französischen Filme der 1920er Jahre sticht positiv hervor, da er jenseits cineastischer Huldigung interessante Differenzen zum heutigen Porno herausarbeitet. Zwar entsprechen die Themen, Erzählweisen und die Ästhetiken der Filme

größtenteils denen der heutigen Hardcore-Produktionen, jedoch seien damals Szenen von Sex zwischen Männern ein fester Bestandteil der Filme gewesen, was im heutigen Mainstream-Porno undenkbar sei.

Im Abschnitt, der das Verhältnis von Porno und Gesellschaft explizit zum Gegenstand hat, wird deutlicher, worin kritische Potenziale in der Analyse von Pornographie stecken können. Kenntnisreich verbindet Marcus Stiglegger die Darstellung von Gewalt, Lust und Terror im Kino der 1970er Jahre bis in die Gegenwart mit den Entwicklungen der sogenannten roughie- und snuff-Filme. Julia Reifenberger, die einzige weibliche Autorin, verbindet in ihrem Beitrag zu dem französischen Film „Baise-moi – Fick mich!“ (2000) Pornographie und Feminismus. In der Darstellung sei der Film zwar pornographisch, doch wirkten diese Szenen eher irritierend: Einerseits werde Pornographie in die Nähe sexualisierter Gewalt gerückt, andererseits sei es den Darstellerinnen gestattet, Lust zu empfinden. Einen ähnlichen Möglichkeitsraum eröffnet sich laut Oliver Demny in SM-Pornos, bei denen zwar gängige sexistische Klischees bedient, aber auch durchbrochen und somit Geschlechterrollen und Zwangsheterosexualität unterlaufen werden können.

Trotz dieser zum Teil aufschlussreichen Analysen müssen die Lesenden bis zu den letzten Beiträgen warten, um explizit subversive und avantgardistische Perspektiven von Pornos tiefer ergründen zu können. Philipp Aubel feiert den wohl bekanntesten alternativen Porno-Regisseur Bruce LaBruce als „Konzeptionalist der Post-Porn-Bewegung“ (S. 152), da dessen lustvolles und ironisches Spiel mit Elementen aus Pornographie und klassischem Erzählkino sexuelle, politische und cineastisch-ästhetische Absichten erfülle. Der Beitrag von Waldemar Kesler, der einem ausführlichen Portrait der Darstellerin, Regisseurin und Buchautorin Ovidie gewidmet ist, befasst sich mit der Frage, ob es gelingen kann, die Mainstream-Porno-Industrie von innen zu verändern – eine Position, die schließlich als naiv vorgeführt wird, da es alternativen Filmen schlichtweg nicht möglich ist, durch die Distributoren überhaupt verbreitet zu werden. Diese Aspekte bezieht Jochen Werner bei der Bejahung der Frage „Kann ein Pornofilm die Bedürfnisse der onanierwilligen Stammklientel befriedigen und trotzdem noch ein Kunstwerk sein?“ (S. 163) nicht mit ein.

Zu empfehlen ist ein den Band abschließendes Gespräch zwischen sechs ambitionierten Pornoregisseurinnen über ihre Inspirationsquellen, das Label

des alternativen Pornos und insbesondere über die Produktions- und Distributionsbedingungen der Porno-Industrie. Renee Pornero fasst das Dilemma von Kunst und Porno zusammen: „Für den Mainstream ist es schwierig, weil zu viel Sex drin vorkommt und du es zensieren musst. Und für den Porno-Markt ist er nicht interessant, weil zu wenig Sex drin vorkommt.“ (S. 176) Auch das Internet eröffnet hier keine neuen Wege, im Gegenteil. Hier müssten die Konsument_innen buchstäblich von Minute zu Minute bei der Stange gehalten werden, was zu einer Verstärkung der Mainstream-Anforderungen an Pornographie führe.

Der Band offenbart zwar Einblicke in eine Szene, die selten Eingang in wissenschaftliche Debatten findet, allerdings sind die Beiträge cineastisch geprägt, was den Zugang für nicht besonders Filmbegeisterte erschweren dürfte. Das Versprechen, (dargestellten) Sex und Subversion jenseits des Porno-Mainstreams zu verbinden oder zu hinterfragen, hält der Band nicht. Die Subversion und die avantgardistischen Chancen spielen lediglich eine Nebenrolle. Zu kurz kommen Auseinandersetzungen um Möglichkeitsräume und Grenzen der emanzipatorischen Potenziale in der Pornographie. Nicht zuletzt bleiben kritische Analysen der Pornographie an sich aus. So fehlen queer-feministische Zugänge, die in einer sexpositiven Rezeption von Pornographie zentral sind. Ebenso wenig wird der eng mit Porno verwobene Komplex von Geschlechtskonstruktionen, Sexualität und Machtverhältnissen beleuchtet. Zwar werden an einigen Stellen die patriarchalen Funktionen von Mainstream-Pornos kritisiert, in einen weiteren gesellschaftlichen Zusammenhang werden sie hingegen selten gesetzt. Es mangelt insgesamt an der Reflexion subversiver Potenziale.

**

Die Rezension erschien in einer ähnlichen Fassung zuerst in der Zeitschrift [Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften \(Nr. 295, \(06/2011\) S. 932-934\)](#) Dezember 2010.

Oliver Demny / Martin Riechling (Hg.) 2010:
Sex und Subversion. Pornofilme jenseits des Mainstreams.
Bertz+Fischer Verlag, Berlin.
ISBN: 978-3-86505-312-1.
192 Seiten. 19,90 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich: Viel Sex, wenig Subversion. Erschienen in: .
URL: <https://kritisch-lesen.de/s/NgepX>.

Eine Biografie als Eigentor



Michael Fisch
Werke und Freuden
Michel Foucault – eine Biografie

Michael Fisch schießt sich mit dieser Biografie leider ein Eigentor und trägt nichts zu einer vertieften Kenntnis von Foucaults Leben und Denken bei.

Rezensiert von [Philippe Kellermann](#)

Über Michel Foucault wird viel geschrieben: mal Spannendes, oft Langweiliges – weil Immergleiches. Manchmal kann es auch peinlich berühren. So wenn man etwa in Paul Veynes „Der Philosoph als Samurai“ liest, dass der grandiose Foucault „hoch über der Weltgeschichte“ (Veyne 2009, S. 155) geschwebt sei.

Aber möglicherweise zählt die neue Foucault-Biografie von Michael Fisch mal wieder zu den eher interessanteren Veröffentlichungen? Leider: Nein!

Es ist vielmehr erstaunlich, wie es dem Autor auf immerhin 576 Seiten *nicht* gelingt, irgendetwas wirklich Eigenständiges und Innovatives – weder zu Foucaults Leben, noch zu dessen Denken – mitzuteilen. Noch schlimmer: wie viele banale Fehler Fisch unterlaufen. Bei manchen fragt man sich, ob der Autor überhaupt mit der Materie vertraut ist, die er behandelt. Wenn zum Beispiel Foucault einmal in einem Interview John Locke und den utopischen Sozialismus erwähnt, macht Fisch daraus den „utopische[n] Sozialismus von John Locke“ (S. 194).

Das korrekte Zitieren ist auch keine Stärke von Fisch. So wird beispielsweise einmal Foucault wie folgt (falsch) wiedergegeben: „Ich kenne Heidegger genügend, ich kenne *Sein und Zeit* praktisch nicht“ (S. 62). Sicher können

einem einmal, zumal auf über 500 Seiten, solche Fehler passieren, aber eine solche Stelle ist kein Ausrutscher, sondern zeigt exemplarisch die „handwerkliche Lieblosigkeit“ mit der dieses Buch verfasst wurde. So wird dann Ludwig Binswanger auch mal zu „Friedrich“ Binswanger (S. 82) oder das Kapitel mit der Überschrift „Tunis und Vincennes“ (S.167-171) behandelt zwar Foucaults Aufenthalt in Tunis – auf Vincennes wird im betreffenden Kapitel aber gar nicht eingegangen.

Manchmal scheint sich der Autor auch selbst nicht so ganz sicher zu sein, was er sagen möchte. So heißt es einmal: „Es gehört beinahe schon zum philosophischen Kanon dieser Zeit [in Frankreich Anfang der 1950er Jahre, Anm. d. Verf.], sich mit Husserl, Heidegger und Hegel zu beschäftigen.“ (S. 59) Wenige Seiten später erfahren wir aber: „Als Foucault 1951 mit seiner Heidegger-Lektüre beginnt, ist dieser deutsche Denker, der unter Nationalsozialismus-Verdacht steht, in Frankreich absolut tabu.“ (S. 62)

Fisch kann auch überraschen: „Sartre hat nie eine Ethik geschrieben, Foucault dagegen hat es.“ (S. 47) Nur wo? Laut Fisch in Foucaults letzten Büchern, „Der Gebrauch der Lüste“ und „Die Sorge um sich“. Ich kann eine solche dort nirgendwo erkennen und auch die Äußerungen Foucaults in seinen letzten Jahren sprechen meines Erachtens recht deutlich gegen diese Interpretation.

Fisch wiederum, immer auch bemüht Foucault zu verteidigen, wobei ihn die exakte Chronologie der Texte in diesen Zusammenhängen meist nicht sonderlich interessiert, erklärt: „Immer wieder heißt es, Foucault leugne die Geschichte und damit jede Möglichkeit einer Veränderung. Dieser Vorwurf muss absurd erscheinen angesichts seiner Überlegungen zur Heterotopie und Utopie.“ (S. 195) Widerlegt aber dieser Hinweis zum Beispiel den Vorwurf von Sartre gegen „Die Ordnung der Dinge“ – auf den Fisch hier anspielt (Sartre hatte Foucault vorgeworfen, historische Veränderungen nicht denken zu können, sondern lediglich in sich geschlossene Geschichtsepochen zu beschreiben)? „Absurd“ ist es vielmehr, wenn man solch einen Vorwurf nicht mit Rückgriff auf die zur Debatte stehenden Texte diskutiert und davon ausgehend widerlegt. Aber die Sache mit Sartre findet bei Fisch auch eine interessante Ausgestaltung, denn ihm zufolge, wurde dessen berühmter polemischer Ausspruch, wonach Foucault das „letzte Bollwerk der Bourgeoisie“ sei, „ausgerechnet“ von „Althusser“ – Foucaults lebenslangem Freund und zeitweise Lehrer – geäußert (S. 180)!

Aufgrund solcher Fehler bekommt das Buch einen teilweise fast tragischen Charakter. Kein Vergleich jedenfalls mit der Foucault-Biographie Didier Eribons (Michel Foucault, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1991) die in so ziemlich jeder Hinsicht dem hier besprochenen Werk vorzuziehen ist. Nicht zuletzt, weil es vernünftig lektoriert wurde.

Fazit:

„Der Autor [Foucault] spricht beispielsweise vom ‚abendländischen Denken‘, von ‚unserer Zeit‘, von der ‚Moderne‘ und so weiter. Er stellt fest, dass wir ‚schon nicht mehr denken‘. Seine Äußerungen werden dadurch allgemein und attraktiv. Ein jeder Leser kann sich also angesprochen fühlen.“ (S.180)

Wer also „schon nicht mehr denken“ will, darf sich „angesprochen fühlen“!?!
Der arme Foucault.

So brutal es klingt: Das einzige was an diesem Buch taugt, ist die Bibliografie.

Zusätzlich verwendete Literatur

Paul Veyne 2009: Der Philosoph als Samurai. Stuttgart: Reclam Verlag

Michael Fisch 2011:

Werke und Freuden. Michel Foucault – eine Biografie.

Transcript Verlag, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-1900-3.

576 Seiten. 39,80 Euro.

Zitathinweis: Philippe Kellermann: Eine Biografie als Eigentor. Erschienen in:

. URL: <https://kritisch-lesen.de/s/gunKA>.

Geschlecht und extrem rechte Einstellungsmuster



Ursula Birsl (Hg.)

Rechtsextremismus und Gender

Ergänzend zu in den letzten Jahren erschienenen Werken, welche sich mit extrem rechten Frauen auseinandersetzen, beschäftigt sich der vorliegende Sammelband mit geschlechtervergleichenden Aspekten bei Ideologien der Ungleichwertigkeiten.

Rezensiert von [peps perdu](#)

Dass rechte und menschenverachtende Einstellungsmuster kein rein „männliches“ Problem sind, ist mittlerweile auch jenseits antifaschistischer Theorie bekannt und wird in der Forschung unterschiedlich dekonstruiert. Dies hängt auch mit einem Paradigmenwechsel innerhalb der sozialwissenschaftlichen Forschung selbst zusammen, dessen Ursachen vielschichtig sind: einerseits die Wahlerfolge extrem rechter Parteien Anfang der 1990er Jahre sowie die Heitmeyer-Studie zu rechten Jugendlichen, bei welcher konstatiert wurde, dass weibliche Jugendliche weniger anfällig für rechtes Gedankengut seien als männliche Jugendliche, was zu neuen, dieser Perspektive gegenüber kritischen Untersuchungen führte (vgl. S14 ff).

Ursula Birsl stellt in dem Sammelband Gender und Rechtsextremismus nicht nur die Geschlechterkonstruktionen in der extremen Rechten dar, sondern geht auch auf Einstellungen und Zugänge zu Ideologien der Ungleichwertigkeit ein. Anhand empirischer Untersuchungen und geschlechtervergleichender Analysen wird dabei der Themenkomplex extreme Rechte auch jenseits von rechten Subkulturen und Parteien anhand der Strukturkategorie Geschlecht genauer eingeordnet. Der Sammelband ist in

fünf Themenbereiche untergliedert, wobei einzelne Artikel im Folgenden näher betrachtet werden.

Einordnungen

Im Kapitel „Einordnungen“ wird nicht nur klar gegen die Extremismustheorie Stellung bezogen und auf Antisemitismus eingegangen, sondern des Weiteren auf die Rollenkonzepte und Motive von Männern und Frauen eingegangen, die sich in der extremen Rechten bewegen. Christoph Butterwegge setzt sich in seinem Artikel „Linksextremismus = Rechtsextremismus?“ kritisch und zum Teil bissig-erheiternd mit der Extremismustheorie, ihren Verteidigern (durchweg Männer, wie Butterwegge anmerkt) sowie der Gefährlichkeit der Gleichsetzung von linkem Gedankengut mit extrem rechten und menschenfeindlichen Einstellungen auseinander. „Wer nach zwei Seiten zugleich schaut, haut nie gezielt und trifft kaum seinen eigentlichen Gegner“ (S. 34) stellt Butterwegge dazu fest. Er verweist darauf, dass diese Gleichsetzung dem Ziel dient, die „bürgerliche Mitte“ selbst und so den Staat zu stützen, eine inhaltliche Nähe von Vertretern der Extremismustheorie zu konservativen Wertvorstellungen dabei aber immer mehr die Linke im Blick hat, als wirklich analytische Trennschärfe zu beweisen.

Birgit Rommelspacher geht in ihrem Artikel näher auf „Frauen und Männer im Rechtsextremismus – Motive, Konzepte und Rollenverständnisse“ ein und liefert hiermit einen sehr guten Einstieg in die Thematik. Vor allem die Diskrepanz zwischen der Männerdominanz in der öffentlichen Wahrnehmung und der ausgeglichenen Geschlechterverteilung von extrem rechten Einstellungen wird von ihr kritisch hinterfragt. Dies leitet sie aus den unterschiedlichen, geschlechtsspezifischen Verhältnissen zur extremen Rechten ab – für Frauen ergeben sich andere Motive und Zielsetzungen als für Männer (vgl. S. 45). So haben rechte Einstellungen auch nach sozialer Lage unterschiedliche Funktionen, können aber nicht allein aus dieser erklärt werden. Rommelspacher führt dazu aus, dass im Zusammenhang von Diskriminierung und Privilegierung durchaus von einer kompensatorischen oder affirmativen Komponente ethnischer Dominanz – also dem positiven Bezug auf eine Höherwertigkeit des eigenen deutschen, weißen Status – gesprochen werden kann. Weiterhin führt sie aus, welche Thematiken gerade für rechte Frauen interessant sind. Hier wird die Familie als Keimzelle der

Nation gesehen, die aus traditionellen Geschlechterarrangements heraus Aufgabe von Frauen sei. Interessant ist hierbei, dass Rommelspacher auch auf esoterische Strömungen und die Bedeutung der Mutterrolle innerhalb dieser eingeht. Im Fazit spricht sie sich dafür aus, dass man aufgrund der Komplexität des Themas von verschiedenen „Rechtsextremismen“ sprechen müsste, „die jeweils unterschiedliche soziale Gruppierungen und auch unterschiedliche soziale Erfahrungen ansprechen“ (S. 65).

Weiblichkeits- und Männlichkeitskonstruktionen in der extremen Rechten

Im dritten Kapitel finden sich verschiedene Analysen, die mehrere Dimensionen von extrem rechten Ideologien im Zusammenhang mit Gender beleuchten. Neben einem Artikel von Nora Räthzel, der sich diskursanalytisch mit Geschlecht und Rassismus auseinandersetzt und so auch die Einordnung rassistischen Denkens jenseits von extrem Rechts darstellt, und zwei Weiteren zur Konstruktion von Männlichkeiten durch Kurt Möller und Jörn Hüttmann findet sich zudem ein Artikel von Renate Bitzan. Unter dem Titel „Reinrassige Mutterschaft‘ versus ‚nationaler Feminismus‘ - Weiblichkeitskonstruktionen in Publikationen extrem rechter Frauen“ stellt sie drei verschiedene Typen von weiblichen Orientierungsmustern in der extremen Rechten dar: „Der Klassiker“ der nationalen Mutterschaft, bei welcher nicht nur die Gebärfähigkeit der Frauen im Vordergrund steht, sondern auch Brauchtumpflege zu ihren Aufgaben gehören. Die *Gemeinschaft deutscher Frauen* (GDF) wird als Vertreterin dieser Weiblichkeitskonstruktion herangezogen und Texte von ihnen ausgewertet. Daneben werden als zweiter Typ modernisierte Modelle vorgestellt, bei denen es neben Mutterschaft auch um die Vereinbarkeit mit Berufstätigkeit und Kinderbetreuung, aber auch sexualisierte und/oder subkulturelle Selbstinszenierungen geht, wie es beispielsweise bei extrem rechten Skingirls der Fall ist. Als Drittes wird auf sexismus-kritische extreme Rechte eingegangen, wobei diese junge und minoritäre Gruppe innerhalb rechter Weiblichkeiten einen Egalitätsanspruch formuliert, der zum Teil gefährliche inhaltliche Nähe zu selbstbezeichneten Feministinnen aufweisen kann.

Von Zugängen zu Ausstiegen

Im Kapitel „Einstellungen, Zugänge, Gelegenheitsstrukturen“ wird aus soziologischer Perspektive auf Persönlichkeitsprofile und Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in geschlechtervergleichender Perspektive eingegangen und zudem die Zugangsmöglichkeiten in rechte Jugendcliquen oder die Geschlechterbilder in Studentenverbindungen näher betrachtet. Bei „Erkenntnissen aus der Praxis“ betrachtet Dierk Borstel genauer die Ein- und Ausstiegsprozesse aus der extrem rechten Szene, wobei als Einstiegsweg sowohl die Familie, die Peer Group, eine generelle Systemkritik – die sich an nationalistisch-chauvinistischen oder völkischen Perspektiven orientiert – oder aber die Orientierung an „Einstiegsversprechen“, die beispielsweise in Kameradschaften gemacht werden, hervorgehoben werden. Diese Einordnungen basieren auf Erfahrungen des Aussteiger_innenprojekts *Exit*. Neben verschiedenen Gründen für Ausstiege wird sich für eine ausstiegsorientierte Arbeit ausgesprochen, die sich in fünf Kriterien bemisst, welche aus linker Perspektive kritisch zu hinterfragen sind: Ergibt die Unterstützung von Ausstiegsprozessen oder auch der Einsatz von Dissident_innen noch Sinn, so wird zudem eine Zusammenarbeit von Ausstiegs-Initiativen und den Sicherheitsorganen der BRD eingefordert, um den Schutz von Aussteiger_innen zu gewährleisten, was angesichts aktueller Diskussionen rund um die Rolle des Verfassungsschutz und Verfehlungen der Polizei in Bezug auf den Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) mehr als fragwürdig daherkommt. Dass aber eine Offenlegung des in der extrem rechten Szene erworbenen Wissens über Personen, Zusammenhänge und Aktivitäten nicht eingefordert wird, und auch der eigene Umgang mit Gewalt sich nur unter der „kritischen Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit“ (S. 312) wiederfinden lässt, zeigt, dass hier eine Betrachtungsweise vorherrscht, die gänzlich andere Ansprüche an einen Ausstieg stellt, als es linke, antifaschistische Positionen tun würden. Zudem wirft Borstel auf, dass linke Positionen oftmals einfordern, dass es im Rahmen eines Ausstieges zu einer Anerkennung linker Inhalte kommen solle, was mir bis dahin gänzlich unbekannt war.

Fazit

Allgemein ein empfehlenswertes Buch, wenn man sich mit wissenschaftlichen Erkenntnissen betreffend der Thematik näher beschäftigen möchte. Positiv ist meines Erachtens vor allem der Aufbau des Buches, der anhand der Artikelauswahl auch darauf verweist, dass extrem Rechte Positionen genauso in der Mitte der Gesellschaft wiederzufinden sind und unterschiedlichste Ursachen haben und gerade geschlechterspezifische Zugänge zu Politik hierbei eine Rolle spielen. Auch die Zusammenführung von feministischer Forschung und Männlichkeitsforschung im Bereich der extremen Rechten zeigt die Aktualität des Buches auf. Allerdings hinterließ bei mir der letzte Artikel einen schalen Beigeschmack, genau wie die unterschiedliche Begriffsverwendung (von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit über Ideologien der Ungleichwertigkeit hin zu Rechtsextremismus) bei mir zum Teil Fragezeichen hervorrief, da ich mir eine genauere analytische Einordnung gewünscht hätte.

Ursula Birsl (Hg.) 2011:
Rechtsextremismus und Gender.
Verlag Barbara Budrich, Opladen.
ISBN: 978-3-86649-388-9.
337 Seiten. 33,00 Euro.

Zitathinweis: peps perdu: Geschlecht und extrem rechte Einstellungsmuster.
Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/nbME5>.

Zwischen Führer und Duce



Joachim Gatterer

„rote milben im gefieder“

Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol

Wenn es um Südtiroler Politik geht, fällt Menschen oft wenig mehr ein als Nazis und Faschisten. Dass es auch eine linke Geschichte in der nördlichsten Provinz Italiens gibt, belegt Joachim Gatterer in seinem Buch „rote milben im gefieder“.

Rezensiert von [Gabriel Kuhn](#)

Als ich in den späten 1980er Jahren begann, mich in der autonomen Linken zu engagieren, gehörte die Unterstützung nationaler Freiheitsforderungen zum guten Ton. Freiheit für El Salvador, Freiheit für die Westsahara, Freiheit für Irland, Kurdistan, das Baskenland und für Palästina sowieso. Nur die „Freiheit für Südtirol“-Parolen, die Bauernhöfe auf dem Weg von Innsbruck über den Brenner zur Südtiroler Verwandtschaft zierten, passten so gar nicht ins linke Bild. Dafür gab es einige gute Gründe (in Südtirol bemühte sich ja noch nicht einmal jemand, dem nationalistischen Befreiungskampf einen sozialistischen Anstrich zu verleihen) und einige weniger gute (schließlich waren trotz aller Rhetorik auch andere Befreiungsbewegungen nicht vor reaktionären Tendenzen gefeit).

Der größte Unterschied schien darin zu bestehen, dass Revolutionsromantik im Falle Südtirols nicht funktionierte. Das Land war zu nah und die Befreiungskämpfer_innen sprachen zu allem Überfluss auch noch dieselbe Sprache (oder zumindest so ungefähr). Das Resultat war, dass die Linke die Südtirolfrage ignorierte oder bestenfalls bagatellierte. Eigene Positionen gab es nicht, und war man gezwungen, solche zu formulieren, stotterte man sich meist durch eine Darlegung, an deren Ende stand, dass es in Südtirol ohnehin nur Nazis gäbe – was offenbar den eigenen Mangel an Perspektiven

entschuldigen sollte. Dass die Südtirolfrage in den 1980er Jahren endgültig zum billigen Propagandaspielplatz der Rechten wurde, verdankt sich nicht zuletzt dieser politischen Bankrotterklärung. Es ist richtig, dass die Südtiroler Geschichte an linken Anknüpfungspunkten nicht reich ist – in Nordtirol ist es nicht anders. Dass es solche jedoch überhaupt nicht gibt, ist falsch. Womit wir bei dem Buch „rote milben im gefieder“ – Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik“ von Joachim Gatterer wären.

Linke Parteipolitik in Südtirol

Gatterers Studie ist die erste systematische Aufarbeitung linker Parteipolitik in Südtirol. Akribisch werden die sozialdemokratischen, kommunistischen und schließlich grün-alternativen Versuche nachgezeichnet, in einer traditionell ländlichen, katholischen und patriarchalen Gesellschaft Fuß zu fassen. Gatterer beschäftigt sich dabei mit dem „ganzen Südtirol“: die Geschichte der italienischsprachigen Parteien wird genauso berücksichtigt wie jene der deutschsprachigen.

Am Anfang steht ein nüchternes Urteil: „Die bedeutendsten Ereignisse in der Frühphase der europäischen Arbeiterbewegung sind alle spurlos an Tirol vorbeigezogen.“ (S. 39) Die Konsequenzen dieser bedauerlichen Wahrheit sind bis heute spürbar. Als ich in den 1970er Jahren die Volksschule eines kleinen Nordtiroler Dorfes besuchte, war der Revoluzzer des Ortes ein Lehrer, der als einziger Sozialdemokrat im zwölfköpfigen Gemeinderat saß – zu einer Zeit, als die SPÖ unter Bruno Kreisky die Bundespolitik gestaltete und die österreichische Sozialdemokratie ihren Nachkriegshöhepunkt feierte.

In Südtirol war die Lage aufgrund der historischen Entwicklung noch mehr zugespitzt. Zunächst sah sich das Landproletariat nach dem Anschluss an Italien 1919 aufgrund sozialer Not zur Auswanderung gezwungen. Nach der faschistischen Machtübernahme 1922 flüchteten schließlich die letzten mit sozialistischen Ideen sympathisierenden Menschen über die Grenze.

Erst nach 1945 kam es, unter ausgesprochen schwierigen Bedingungen, wieder zu linken Parteibildungen. Auf der italienischen Seite gab es Ableger der *Partito Socialista Italiano* (PSI), der *Partito Comunista Italiano* (PCI) und

der *Partito Socialista Democratico Italiano* (PSDI). Alle sicherten sich bei den ersten Landtagswahlen 1948 jeweils ein Mandat, kamen darüber jedoch bis in die 1970er Jahre nicht hinaus. Deutschsprachige Linksorientierte organisierten sich vornehmlich unabhängig. Keiner ihrer meist kurzlebigen Nachkriegsparteien war jedoch viel Erfolg beschieden. Erst in den 1960er Jahren zog eine geringe Anzahl deutschsprachiger Sozialdemokrat_innen in den Landtag ein.

Unter den nach Südtirol zurückgekehrten Linken war es vor allem der an der Internationalen Lenin-Schule in Moskau ausgebildete Silvio Flor, der versuchte, der Südtiroler Politik kommunistische und internationalistische Impulse zu verleihen. Flor zog sich jedoch in den 1960er Jahren enttäuscht aus der Politik zurück. Erst im Jahr 1973 kandidierte er noch einmal für die neu gegründete *Sozialdemokratische Partei Südtirols* (SPS). Die von Klara Rieder verfasste Biographie Flors (*Silvio Flor. Autonomie und Klassenkampf: Die Biografie eines Südtiroler Kommunisten*, Bozen: Edition Raetia, 2007) ist neben Gatterers Buch die einzige ausführliche Studie zur linken Geschichte des Landes.

Akribisch zeichnet Gatterer die Listenbildungen, Spaltungen und Umbenennungen nach, von denen die linke Parteipolitik Südtirols seit dem Zweiten Weltkrieg geprägt ist. Ab den 1980er Jahren gesellen sich dabei zu sozialdemokratischen und kommunistischen auch grün-alternative Listen. Die Galionsfigur der Bewegung war der ausgebildete Jurist und Publizist Alexander Langer. Über die Landesgrenzen hinaus bekannt wurde sie durch den weltberühmten Bergsteiger und Medienprofi Reinhold Messner, der 1999 als grüner Abgeordneter ins EU-Parlament einzog, wo er sich jedoch „parteilos“ erklärte und in Gatterers Worten „größtenteils durch seine Abwesenheit brillierte“ (S. 167).

An diesem Punkt hatte die österreichische Linke ihr Interesse an Südtirol längst verloren. Dreißig Jahre waren vergangen, seit Bruno Kreisky als Außenminister die Südtirolfrage 1960 und 1961 vor die UNO gebracht hatte. Die Unterstützung für das Selbstbestimmungsrecht Südtirols hielt sich damals in der Vollversammlung allerdings in Grenzen, auch wenn es von einigen Ländern, etwa Afghanistan oder Kuba, ausdrücklich befürwortet wurde.

Der Rückzug der österreichischen Sozialdemokratie aus der Südtirolpolitik hatte vor allem zwei Gründe. Einerseits schuf die Untergrundbewegung *Südtiroler Befreiungsausschuss* (BAS), die in den 1960er Jahre mit einer Reihe von Anschlägen auf Strommasten, aber auch auf Gendarmerie- und Grenzposten auf sich aufmerksam machte, ein heikles diplomatisches Problem. Andererseits schien das Südtirolproblem für viele mit der Verabschiedung des Autonomiepakets Anfang der 1970er Jahre erledigt. Die einzige österreichische Partei, die in den letzten Jahrzehnten eine aktive Südtirolpolitik betrieb, ist die FPÖ. Jörg Haider entdeckte die Frage als emotional aufgeladenes Heimatthema in den 1980er Jahren und HC Strache bedient sie bereitwillig und mit viel Pathos weiter – perfider Weise vor allem unter dem Aufhänger des „Antifaschismus“, ganz so als wäre Faschismus auf immer und ewig Mussolini und sonst nichts.

Die Nationalitätenfrage

Gatterer erzählt in „rote milben im gefieder“ die Geschichte engagierter Menschen, die unter großen Herausforderungen versuchten, soziale Fragen ins Zentrum Südtiroler Politik zu rücken. Diese Herausforderungen beruhen nicht nur auf der konservativen Geschichte des Landes, sondern auch auf einer Thematik, die linke Politik seit jeher auf die Probe gestellt hat und das gesellschaftliche Klima in Südtirol seit bald hundert Jahren bestimmt: die sogenannte Nationalitätenfrage.

Als Südtirol 1919 im Vertrag von Saint-Germain Italien zugesprochen wird, ist die Bevölkerung zu gut 90% deutschsprachig. Dies ändert sich ab den 1920er Jahren drastisch, vor allem aufgrund der Industrialisierung der Provinzhauptstadt Bozen und der Zuwanderung italienischsprachiger Arbeiter_innen. Anfang der 1960er Jahre ist der deutschsprachige Bevölkerungsanteil auf beinahe 60% gesunken. Seither haben sich die demographischen Verhältnisse wieder etwas verschoben und heute geben etwa 70% der Südtiroler_innen Deutsch als Muttersprache an. Der Anteil der Ladinischsprachigen ist seit über hundert Jahren mit etwa 4% konstant.

Während sich historisch breite Teile der deutschsprachigen und italienischsprachigen Bevölkerungsgruppen an Parteien und politischen Bewegungen orientieren, die ihre spezifischen Interessen vertreten, schildert

Gatterer, wie Südtiroler Linke immer wieder versucht haben, die nationalen Trennungen zu überwinden, die Bevölkerungsgruppen zu vereinen und die wesentlichen gesellschaftlichen Konflikte als ökonomische zu begreifen. So bemühten sich nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl Sozialdemokrat_innen als auch Kommunist_innen um das Vermeiden nationaler Blockbildungen und 1981 demonstrierten Anhänger_innen der neuen Alternativbewegung gegen die verpflichtende Sprachzuordnungserklärung bei der Volkszählung, gegen ethnischen Proporz und „Für ein ungeteiltes Südtirol“.

Parteilpolitisch brachten diese Anstrengungen keine durchschlagenden Erfolge. In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn Joachim Gatterer von einem „kläglichen Scheitern linksgerichteter Oppositionsbewegungen“ (S. 196) schreibt. Doch bedeutet dies nicht, dass linke Bewegungen auf die politische Entwicklung in Südtirol ohne jeden Einfluss blieben. Die im sogenannten Südtirol-Paket enthaltenen Autonomierechte, die seit 1972 schrittweise eingeführt wurden und zu einer Befriedung des Südtirolkonflikts geführt haben, wurden wesentlich von linken Visionen vorbereitet und zum Teil mithilfe linker Diplomatie durchgesetzt. Der Südtiroler Politologe Günther Pallaver meint dazu in seinem Vorwort zu Gatterers Buch:

„[M]an würde die Rolle und den gesellschaftspolitischen Beitrag der verschiedenen linken Parteien in Südtirol unterschätzen, würde man lediglich ihre Teilnahme an den Landesregierungen zum Gradmesser des Erfolgs heranziehen. Was die verschiedenen Parteien zur Nationalitätenfrage beigesteuert haben, war trotz aller theoretischen und praktischen Schwächen beachtenswert. Das betrifft beispielsweise die Ausarbeitung eines Autonomiemodells nach der Annexion an Italien, in dem Fragen der Demokratie, politischen Partizipation und sozialen Grundrechten unvergleichlich stärker berücksichtigt waren als in den Projekten des liberal-konservativen und deutschnational ausgerichteten Deutschen Verbandes.“
(S. 13)

Selbstbestimmungsrecht der Völker oder völkische Selbstbestimmung?

Dass ein weiterer Grund für die Verabschiedung des Südtirol-Pakets in den Aktivitäten einer deutschnational orientierten Untergrundbewegung lag, offenbart eine der historischen Ironien, die Nationalitätenkonflikte oft mit sich bringen: das Aufeinandertreffen nationalistischer und sozialistischer Kräfte.

Dabei gab es natürlich ideologische Unterschiede. Die deutschnationalen Interessen lagen in der „Verteidigung sprachlicher und kultureller Identität“. Die sozialistischen Interessen lagen im „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, das Lenin schon früh zu einem Leitfaden revolutionärer Politik erklärte. Insofern überrascht es nicht, wenn die PCI in ihrem Aktionsprogramm aus dem Jahr 1931 in aller Deutlichkeit „das Selbstbestimmungsrecht bis zur Loslösung vom italienischen Staat für die slowenischen, kroatischen und deutschen nationalen Minderheiten, sowie für die Kolonialvölker Libyens und Eritreas“ (S. 118) forderte.

Unterschiede gab es auch in den Erwartungshaltungen an die Südtiroler Autonomie. Während auf der deutschnationalen Seite chauvinistische Tendenzen dominierten, ging es den Linken in der Regel um eine Autonomie für *alle* Südtiroler_innen. So forderte etwa Alexander Langer in den 1980er Jahren, dass die „Schutzmacht“-Rolle Österreichs, die bis heute deutschsprachigen Südtiroler_innen in Österreich besondere Rechte einräumt, wenn schon, dann für alle Südtiroler_innen gelten sollte, ungeachtet ihrer Muttersprache.

Bedauerlich ist, dass es Auffassungen wie diesen nicht nur versagt blieb, sich in der deutschsprachigen Bevölkerung durchzusetzen, sondern dass sie zunehmend auch in der italienischsprachigen an Einfluss verloren. Kamen bis Anfang der 1980er Jahre die meisten Stimmen für die linken Parteien Südtirols aus dem italienischsprachigen Industrieproletariat, so sind seither viele dieser Wähler_innen zu rechtsgerichteten und neofaschistischen Organisationen abgewandert. Selbst die extrem rechte Jugendbewegung CasaPound hat sich heute in Bozen etabliert.

Ein geeintes Südtirol

Dass historische Studien wichtig sind, um gegenwärtige politische Positionen und Auseinandersetzungen zu begreifen, ist ein Allgemeinplatz. Joachim Gatterers Buch leistet dazu im Falle Südtirols einen ungemein wertvollen Beitrag. „rote milben im gefieder“ ist buchstäblich bis an den Rand mit Fakten zur linken Parteipolitik Südtirols gefüllt und zahlreiche Schautafeln, Tabellen und Abbildungen helfen, den Inhalt so anschaulich wie möglich zu präsentieren. Als politikwissenschaftliche Arbeit konzipiert, ist die Lektüre nicht immer die leichteste, doch als Überblicksband und Arbeitsgrundlage zur politischen Geschichte Südtirols ist das Werk unentbehrlich.

Der Titel verweist interessanterweise auf einen Aspekt der linken Geschichte Südtirols, der im Buch nur gestreift wird. Die Textzeile „rote milben im gefieder“ entstammt einem Gedicht des innovativen Südtiroler Dichters und CPI-Mitglieds Norbert C. Kaser, der 1978 im Alter von nur 31 Jahren nach schwerer Alkoholsucht an den Folgen einer Leberzirrhose verstarb. Viele Südtiroler Literat_innen und Künstler_innen haben bedeutende Beiträge für eine integrative Südtiroler Gesellschaft geleistet und tun dies weiterhin. Sie verdienen sich eine eigene Studie genauso wie die außerparlamentarische Linke. Egal wie marginalisiert diese Bewegungen auch sein mögen, die von ihnen ausgehenden Impulse sind ungemein wertvoll und es ist von großer Dringlichkeit, sie zu dokumentieren und zu bewahren. Die Vision eines transnationalen und multilingualen Südtirols ist die einzige, die einer Linken würdig ist, in welcher Form dies auch immer staats- und verfassungsrechtlich verankert sein mag – oder Staat und Verfassung überwinden kann, wenn wir uns hier an Utopien wagen wollen.

Spannend wäre es zudem, das Vermächtnis des Befreiungsausschusses Südtirol aus linker Perspektive zu analysieren – zumindest für jene, die der Diskussionen um die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten des bewaffneten Kampfes nicht müde werden.

Ob sich Joachim Gatterer einer dieser Aufgaben annimmt, wird sich zeigen. In jedem Fall hat er mit „rote milben im gefieder“ ein Beispiel gesetzt, dem andere hoffentlich folgen werden.

Joachim Gatterer 2009:

„rote milben im gefieder“. Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol.

Studienverlag, Innsbruck.

ISBN: 978-3-7065-4648-5.

244 Seiten. 29,90 Euro.

Zitathinweis: Gabriel Kuhn: Zwischen Führer und Duce. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/jyXSJ>.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2024 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.